

# Lübbecke'sches Volksblatt.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübbecke'sche Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzustellung Nr. 4068 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Spalte oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 48.

Mittwoch, den 26. Februar 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Bewirrung unter den Schutzzöllnern.

wp. Die nichts als freihändlerischen Zeitungen lesen aus der Erklärung des Grafen Posadowsky heraus, daß bereits der Regierung selbst die Bindung der Minimalhöhe der Getreidezölle nicht ganz geheuer vorkomme. Der deutsche „Freihandel“ beweist dadurch nur wieder einmal die Rückgratlosigkeit des deutschen Liberalismus, der nicht aus freien Stücken, sondern nur der Noth gehorchend Opposition macht und jeden Augenblick nach der Regierung schießt, bereit, wenn diese nur halbwegs Miene macht, ihn zu „erhören“, den mit großem Lärm unternommenen Waffengang sofort aufzugeben und unterthänigst unter den Regierungstisch zu fischen. Soviel nur ergibt sich aus der Erklärung der Regierung sowie dem Gebot des Schweigens über die Verhandlungen mit Oesterreich und Rußland, daß die Regierung auf einen Widerstand seitens dieser Staaten gestoßen ist, den sie in ihres Herzens Einsicht nicht vorausgesehen hat. Uebrigens durchbrach jedoch die württembergische Regierung die ganze Geheimnißkrämerei, indem sie in ihrem „Staatsanzeiger“ erklären ließ, daß bei der Aufrechterhaltung des Grenzschutzes des agrarischen Kompromisses an den Abschluß eines Vertrages mit Oesterreich nicht mehr zu denken sei.

Die agrarische und konservative Presse droht, die ganze Tarifvorlage werde abgelehnt werden, wenn die Regierung sich nicht dem agrarischen Kompromiß fügt. Ist es den Agrariern ernst damit? In dieser Beziehung ist es sehr bezeichnend, daß es um die gleiche Zeit zu einem offenen Bruch zwischen den Agrariern und dem Bund der Industriellen gekommen ist. Herr Bued erklärt in den „Berliner Neuzeit“: „Er möchte es nicht für unmöglich, daß die Vertreter der Landwirtschaft sich gegen die Industriezölle wenden.“ Ebenso kühl wie resolut antwortet darauf die „Kreuzzeitung“: „Die Konservativen werden um ihrer Selbsterhaltung willen gegen jede Erhöhung der Industriezölle stimmen, wenn ihnen nicht das erforderliche Äquivalent für die Landwirtschaft geboten wird.“ In diesem Sinne hat sich jetzt die Sachlage vollständig geklärt, und die beweglichen Bitten des Herrn Bued werden nichts daran ändern.“ Dieser Standpunkt macht allerdings eine ablehnende Haltung gegenüber der Zolltarifvorlage sehr begründlich.

Es giebt keine Interessenvertretung, die so einseitig wäre, wie die agrarische. Sie verlangen Schutzzölle für die Landwirtschaft, verspüren jedoch selbst keine Lust, die landwirtschaftlichen Maschinen und ihren sonstigen Bedarf theurer zu bezahlen. Sie möchten also die Industriezölle gern beiseite lassen. Nur weil sie die Agrarzölle anders nicht erlangen konnten, schlossen sie ein Kompromiß mit der Industrie. Der agrarische Gedankengang, der zur Ablehnung der Tarifvorlage führen könnte, wäre demnach einfach der: „Den 5-Mk. Brod Zoll kriegen wir auf jeden Fall. Dann aber, statt dazu in dem Tarif die Industriezölle mit in den Kauf zu nehmen, lieber die Vorlage ablehnen, um den Brod Zoll ohne die Industriezölle einzuschleusen.“ Diese Berechnung wäre nur dann falsch, wenn die Regierung sich entschließen wollte, mit den Brod zöllen unter 5 Mk. herunterzugehen. Dafür spricht aber vorläufig nichts, außer der heißen Sehnsucht des freihändlerischen Liberalismus, die Lösung des Gouvernamentalismus auf sein Banner schreiben zu dürfen.

Die Signatur der Situation ist die Konfusion. Die Regierung im Kampfe mit den Agrariern und mit sich selbst. Sinkende Autorität der Reichsregierung über die Bundesregierungen, die, wie jedoch die württembergische, sich entschließen, auf eigene Faust zu handeln. Hader zwischen den agrarischen und den industriellen Schutzzöllnern. Das alles wirkt aber andererseits demoralisierend auf den freihändlerischen Liberalismus, der von Anfang an nur die Opposition und Agitation als schwere Strafe Gottes trug.

Die einzige Partei, die aus der Bewirrung im feindlichen Lager Muth und Kraft schöpft, ist die Sozialdemokratie. Und wir haben allerdings Grund, unsere Energie im Kampf gegen den Zollschutz zu verdoppeln. Die augenblickliche Konfusion ist nur der Ausdruck der Interessenwidersprüche der Tarifvorlage, die ihrerseits die von uns wiederholt gekennzeichnete handelspolitische Verfahrensweise der Kapitalistenklasse widerspiegelt. Aber die Hauptstütze der Tarifvorlage liegt gar nicht in der Handelspolitik, sondern in dem Fiskus. An dem Zustandekommen der Tarifvorlage ist Niemand mehr interessiert, als die Regierung, die es auf die höheren Zollerträge abgesehen hat. Sie wird also alles aufbieten, um ein Kompromiß zu Stande zu bringen. Darum gilt es jetzt mehr denn je: Kampf gegen den Zollwucher!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Völlig verschüttet hat es Herr v. Bobielaki mit dem Bunde der Landwirthe. Die „Deutsche

Tageszeitung“, das führende Bündlerblatt, bemerkt zu der auch von uns erwähnten offiziellen Kundgebung über das Verhältnis des preussischen Landwirtschaftsministers zum Zolltarif:

Es ist vielleicht interessant, wenn wir hinzufügen, daß der Landwirtschaftsminister, was bisher nicht genügend bekannt geworden zu sein scheint, in einer Sitzung des Landesökonomikollegiums gesagt haben soll, er stehe und falle mit dem Zolltarife. Der Herr Landwirtschaftsminister weiß, welche Weichhülle die Landwirtschaftskammern und die sonstigen Vertretungen der preussischen Landwirtschaft gefast haben; er muß sich darüber klar sein, daß seine Anschauungen mit diesen Beschüssen unvereinbar sind. Andererseits wird unannehmlich die preussische Landwirtschaft wissen, was sie von dem Landwirtschaftsminister zu erwarten hat. Das war wohl auch der eigentliche Zweck des Dementis in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Es kann uns recht sein, wenn die volle Klärung, die über kurz oder lang doch hätte erfolgen müssen, insichst bald eintritt.

Die bündlerische Gnadenjonne hat rasch zu leuchten aufgehört!

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Montag die Generaldebatte über das Ressort des Ministeriums des Innern fort. Die Sitzung begann mit einer recht pikanten Episode. Geheimrath v. Falkenhahn, jener überfischige Regierungsminister, der am Sonnabend der Berliner Stadtverordnetenversammlung vorgeworfen hatte, aus Laune Herrn Kaufmann zum zweitenmal gewählt zu haben, war von seinem Chef, dem Minister, zu einer Erklärung genöthigt worden, die einem pater peccavi verzweifelt ähnlich sah. In recht kleinlauter Weise las der Herr sein Sprüchlein von einem Zettel ab und sagte, er habe den Stadtverordneten keine unsachlichen Motive untergeschoben wollen. Der Minister Freiherr v. Hammerstein kam dann auf die Versammlung im Zirkus Busch zurück. Er mußte zugestehen, daß Frauen anwesend gewesen seien, entschuldigte aber die Duldung dieser Angelegenheit seitens des Berliner Polizeipräsidenten damit, daß jene Damen ja nicht in die Debatte eingegriffen hätten. Uns kann eine solche liberale Behandlung des Vereinsgesetzes nur willkommen sein, nur soll man damit nicht einseitig die Herren Agrarier und ihre Damen beglücken. Der Minister entwickelte im Weiteren ein paar Gedanken zu einer eventuellen Verwaltungsreform in Preußen. Die Regierungspräsidenten sind überlastet und es ist möglich, daß man einige ihrer Funktionen den Landräthen zuweist. Im Landrath sieht Herr v. Hammerstein den wahren Grund- und Eckstein des preussischen Staates, und seine Machtvollkommenheit noch mehr zu stärken, scheint das hehrste Ziel dieses reaktionären Herrn zu sein.

Der freisinnige Abg. Dr. Trüger richtete dann an den Minister die Frage, wie er zur Verleihung des Stadtraths an die großen um Berlin gelegenen Dörfer Lichtenberg, Weissensee und Wilmersdorf stehe. Die Antwort, die Herr v. Hammerstein gab, war ziemlich dilatorisch gehalten. Er erkannte an, daß ebenso wie Nixdorf und Schöneberg auch die übrigen großen Vorgemeinden um Berlin mit der Zeit Städte werden müssen, aber für den Augenblick besteht im Ministerium wenig Neigung, die Wünsche dieser Orte zu erfüllen.

Der folgende Theil der Sitzung brachte eine freischützliche Fortsetzung des so plötzlich auf der ganzen Linie entbrannten Kampfes zwischen dem Bund der Landwirthe und den Nationalliberalen. Zunächst erklärte der nationalliberale Hofbesitzer Westermann, der selbst mit Hilfe des Bundes gewählt ist, die Polemik seines Freundes von Cynern gegen den Bund sei doch wohl übertrieben. Aus dieser kleinen Desavouierung schien der Bundeshauptling Dr. Friedrich Hahn erhöhten Muth zu schöpfen. In einer großen Rede ging er mit der ganzen Wichtigkeitsweise, die ihn auszeichnet, mit der nationalliberalen Partei ins Gericht, der er drohend zurief, sie möge sich bei den nächsten Wahlen in Acht nehmen. Es entbehrte nicht einer gewissen Komik, wie dieser agrarische Agitator den Bund der Landwirthe als harmlos und unpolitisch hinzustellen suchte, wie er den Hufarenritt ins Zentrumsland als eine friedliche „Aufklärungsarbeit“ charakterisirte, dem Zentrum die Bruderhand darbot, und in demselben Athemzuge recht herrliche Vorbränge gegen Nationalliberale, wie gegen Zentrumslente vorbrachte. Triumphierend rief er aus, man möge ihm eine einzige Entgleisung aus seiner parlamentarischen Thätigkeit nachweisen und drei Minuten später suchte er sein berühmtes Wort von der „gräßlichen Flotte“ als eine verzeihliche Entgleisung zu entschuldigen. Der nationalliberale Abg. v. Cynern antwortete dem selbstbewußten Herrn mit der erforderlichen Energie. Er hielt den Vorwurf der politischen Charakterlosigkeit des Bundes voll aufrecht und machte Herrn Hahn darauf aufmerksam, daß er selbst in seinem Hannoverischen Wahlkreise doch einige Rücksicht auf die Nationalliberalen zu nehmen habe.

Die Debatten im letzten Theil der Sitzung boten geringeres Interesse. Vor leerem Hause führte der dänische Abg. Hansen Beschwerden über die Gewaltpolitik, die immer noch in der Provinz Schleswig-Holstein beliebt wird. Er führte eine große Anzahl von Auswüchsen an. Der

Minister Frhr. von Hammerstein antwortete sehr kurz, daß der Ausweitungskurs des Herrn v. Köller auch unter seinem Nachfolger fortgesetzt werden würde und überließ es dann einem Kommissar, die Ausweitungsfälle im Einzelnen zu rechtfertigen. Aus dem Hause nahmen zwei Abgeordnete zum Dänenkurs Stellung. Herr Barth beklagte ihn und der Nationalliberale Bachmann war über ihn erfreut. Dienstag geht die Debatte weiter.

Die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion gegenüber dem Zolltarif ist Montag in einer Versammlung des nationalliberalen Vereins zu Halle a. S. beleuchtet worden. Auf eine direkte Anfrage, warum der Abg. Sieg den agrarischen Kompromißantrag unterschrieben habe, erwiderte, wie man dem „Hamb. Corresp.“ drahtet, der Landtagsabgeordnete Friedberg:

Für den Abg. Sieg habe die Sache nur den Charakter eines ballon d'essai (Versucheballon) gehabt; Sieg habe feststellen wollen, bis zu welcher untersten Grenze eine Verständigung unter den agrarischen Mitgliedern der Zolltarifkommission möglich sei. Die Unterschrift Siegs sei gegeben, bevor Posadowsky's Erklärung erfolgte. Sieg stehe nun keineswegs mehr auf dem Boden des Kompromißantrages, sondern trete für die Regierungsvorlage ein, wie denn überhaupt die gesamte nationalliberale Fraktion, wahrscheinlich nur mit Ausnahme des hochschützlerischen Abgeordneten v. Heyl, einzig die Regierungsvorlage verteidigt.

Uns dünkt, daß der Abg. Sieg den Kompromißantrag nur deshalb unterzeichnet hat, weil er glaubte, die Regierung werde vielleicht doch noch Entgegenkommen zeigen. Nachdem jedoch die Bülow'sche Regierung ganz wider alles Erwarten fortgeblieben ist, hat sich eben Herr Sieg mit seinem pflaumenweichen nationalliberalen Herzen rückwärts konzentriert.

Von der preussischen Pressefreiheit. Vor der Thorerer Strafkammer fand ein eigenartiger Pressprozeß statt. Der leitende Redakteur der polnischen „Gazeta Torunska“, Brzjeski, und ihr Verleger Buszyczynski wurden unter Anklage gestellt, weil sie nach der Hauptangabe der Staatsanwaltschaft Personen als verantwortliche Redakteure zeichnen ließen, welche die nöthige Befähigung hierfür nicht besitzen, um sich selbst vor gerichtlichen Strafen zu schützen. Die Voruntersuchung war eine umfangreiche. Die Staatsanwaltschaft ließ das gesamte Druckerpersonal des Blattes darüber vernehmen, wer die Handschriften zum Druck brachte, wer die Leitartikel schreibe u. s. w. Die früheren verantwortlichen Redakteure des Blattes haben eidlich ausgesagt, daß ohne ihr Wissen und Wollen kein Manuskript in die Druckerei ging, daß ihnen auch das Recht zustand, die Manuskripte abzuändern und daß sie hiervon öfters Gebrauch gemacht haben. Einer der Redakteure sagte aus, daß er das Gymnasium absolviert und thätiges Mitglied der Redaktion gewesen sei. Trotzdem behauptete der Staatsanwalt, daß der Herr nur Sireddakteur gewesen sei. Herr Brzjeski wies noch darauf hin, daß er öfters längere Agitationsreisen mache und daß dann die Kollegen, welche jetzt als Sireddakteure bezeichnet werden, die Redaktion selbstständig erledigt haben. Trotz solcher Beweise beantragte der Staatsanwalt die höchst zulässige Strafe von 6 Monaten Gefängniß gegen Brzjeski. Das Urtheil lautete: Brzjeski 1 Monat Gefängniß, Buszyczynski 100 Mark Geldstrafe.

„Wieder Einer!“ Aus Halle a. S. meldet der „Hann. Cour.“: „Der Kassierer des hiesigen nationalliberalen Vereins wurde wegen Unterschlagung verhaftet. Die Höhe der unterschlagenen Summe ist noch unbekannt.“ — Die „Lüb. Anz.“, die jeden Fall registriren, sobald ein armer Teufel von Arbeiter sich in geringfügiger Weise an dem Vermögen der Gewerkschaft z. vergriffen hat, nehmen hoffentlich auch Notiz von diesem Fall, der einen nationalliberalen Wiedermeier betrifft.

Neue politische Nachrichten. Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Saarbrücken ist auf den 25. April festgesetzt. — Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den wesentlichen Inhalt der technischen Begründung der Vorlage, auf Grund deren gemäß § 21 des Fleischbeschaffungsgesetzes der Beschluß des Bundesraths über gesundheitsgefährliche, tändelnde Zusätze zu Fleisch und dessen Zubereitungen gefast wurde. — Zwei wegen schwerer Straftaten inhaftirte Infanteristen, ein 88er und ein 167er, sind in der Nacht zum Montag, wie aus Halle gemeldet wird, aus dem Militärkastell am Fuldaflusse, nachdem sie ein Loch durch die Mauerwand herr. Aren, ausgebrochen. Bis jetzt ist keine Spur von den Flüchtlingen vorhanden. — Das Kriegsgeschicht der zweiten Division in Susterburg verurtheilte den kasseler Major Schwäber von der ersten Kompanie des mahrischen Infanterie-Regiments 147 wegen Fahnenflucht, Unterschlagung und schweren Diebstahls zu fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust, Ausstoßung aus dem Heere, Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes und Stellung unter Polizeiaufsicht. — Wäre Austritte gab es in der Sonnabend-Sitzung der griechischen Kammer, die sich bis zum Sonntag Morgen hinzog. Gegen Ende der Sitzung obsequierte der Dputirte für Rhodos, Zicanis, in den Wandelgängen den Dputirten Buduris, indem er behauptete, Buduris habe das Andenken von Tripolis geschwächt. Sinopulis, einer der Führer der Tripolispartei, trennte sich von Theotakis. Die frühere Tripolispartei ist somit

vollständig zerbricht. — Miß Stone ist endlich von ihren „Mündern“ freigelassen worden und Sonntag in Strumika eingetroffen. Die Gefangenschaft der werthen Dame hat also fast ein halbes Jahr gedauert. Am 3. September 1901 wurde die Miß in der Provinz Salomiti gefangen genommen. Sie befand sich auf einer Mißionsreise durch die Lärkei und zwar in Begleitung der Frau Pastor Jilla. Der Preis für die Freilassung betrug 25 000 tälische Pfund, die die Banditen bereits vor einigen Tagen erhalten haben sollen. — Nach einer Hongkonger Drahtung der „Times“ vom 22. Februar sind die deutschen Missionen, die nach der Verkürzung des Mißionsgebühres in Fajien durch Chinesen flüchteten, wieder zurückgekehrt.

### Schweden.

**Arbeiterschutz.** Der Abgeordnete Bergström hatte in der zweiten Kammer einen Antrag zwecks Herbeiführung einer Revision der veralteten Arbeiterschutzbestimmungen des Gesetzes zum Schutz gegen Berufsgefahren eingebracht. Es handelt sich hierbei auch besonders darum, daß eine Ueber-einstimmung herbeigeführt wird zwischen dem Berufsgefahren-Gesetz und dem Unfallversicherungsgesetz. Diesem letzteren genauen, neuen Gesetz sind eine Anzahl Erwerbszweige unterworfen, auf die die Schutzvorschriften keine Anwendung finden. Seit der Revision des Gesetzes über die Frauen- und Kinderarbeit und seit der Einführung der Unfallversicherungspflicht herrscht bei den Fabrikinspektoren und deren vorgesehener Behörde große Unklarheit darüber, welche Betriebe der Inspektion unterstellt sind, welche nicht. Der Antrag Bergströms, der eine Besserung dieser Zustände bezweckt, war von der Reichstags-Kommission, die sich mit seiner Prüfung befaßte, verworfen worden und die erste Kammer lehnte ihn ebenfalls ab. In der zweiten Kammer wurde er aber nach lebhafter Debatte mit 109 gegen 93 Stimmen angenommen.

### Frankreich.

**Die Wahlbewegung** ist nunmehr in vollem Gange. In Velfort kam es am Sonntag nach Schluß verschiedener Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert wurden, an verschiedenen Punkten der Stadt zu Schlägereien zwischen Mitgliedern der „Vaterlandsliga“ und der „Republikanischen Allianz“. Es wurde eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen.

**Die Deputiertenkammer** nahm Montag mit 553 gegen 2 Stimmen eine Resolution, die im Prinzip der zwei-jährigen Dienzeit unter Aufhebung aller Dispense und der Annahme von Kapitulanten zur Verstärkung der einzelnen Truppenkörper behufs Sicherstellung der nationalen Verteidigung zustimmt, an.

### Italien.

**Der Streik in Turin** sieht noch auf dem alten Fleck. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt etwa ein Fünftel sämtlicher Arbeiter. Nur ein Theil der Eisenbahnarbeiter und Schiffsarbeiter hat sich dem Ausstand angeschlossen. In den Gas- und Elektrizitätswerken herrscht wieder die gewohnte Thätigkeit. Der Straßenbahnverkehr wurde bisher nicht aufhört. — Die Ministerkrisis hat bisher noch keine Lösung gefunden.

### Spanien.

**Die Lage in Barcelona** scheint sich thatsächlich gebessert zu haben. In dieser Hinsicht stimmen amtliche und private Nachrichten überein. Die Zeitungen erschienen Montag wieder und die Straßenbahnen sowie öffentlichen Fahrwerke sind in ungehörtem Betriebe. In den meisten Fabriken nahmen die Arbeiter Montag ihre Thätigkeit wieder auf. — In Sevilla fanden Sonntag dagegen noch geringfügige Kundgebungen statt. Eine Abtheilung Kavallerie zerstreute die Manifestanten. — In einem bei Sarria gelegenen Kloster plügte Sonntag früh eine Dynamitbombe. Das Gebäude wurde stark beschädigt. Unter den Tausenden brach eine große Panik aus. Zwei Personen, die verdächtig erschienen, den Anschlag verübt zu haben, wurden verhaftet. Die Ausständigen versuchten, sie zu befreien, wurden aber von der Polizei, welche Feuer gab und mehrere Personen tödtete oder verwundete, daran gehindert.

### Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.** Eine neue Schlappe haben die Engländer in Südafrika erlitten. Aus Pretoria wird darüber berichtet: In der Nacht zum 20. Februar griffen 300 Buren die Blockhauslinie Frankfort — Breda bei Tweefops an, unterstützt von einer von Süden kommenden anderen starken Burenabtheilung. Der Feind zerstörte den Stachelbaum, indem er das Vieh dagesentrieb und brach dann unter heftigem Feuer der Blockhäuser durch. Mehrere Buren wurden erschossen; die Todten wurden vom Feinde aber mitgenommen. (?) Dasselbe steht jetzt am Wilgenlaag; seine Kommandos sind in kleine Theile aufgelöst. — Die Blockhauslinien sind eine großartige Erringung — für Soldaten, die nicht mehr ins freie Feld gehen können; ihr sonstiger Nutzen wird aber immer fraglicher.

Auf Grund direkter Nachrichten vom Kriegsschauplatz glaubt die „Tagl. Rundschau“ versichern zu können, daß Kommandos der Buren das gesamte Gebiet der Kapkolonie, des Freistaates und Transvaals unangefochten durchziehen und die englischen Truppen allerorten in Schach zu halten wissen. Im Dezember und Januar fanden über 600 Gefechte statt. Es sei gar kein Gedanke daran, daß England mit seinen militärischen Mitteln der Buren Herr werden kann. Nur zwei Dinge gebe es, welche die kriegerische Kraft der Buren brechen könnten: die fortgeschrittene Verringerung von Pferden aus allen Welttheilen und der Ausschluß aller Artze.

### Amerika.

**Prinz Heinrich** — „der Blüthener“ — umarmt ihn das Blüthener Blatt „M“ — ist am Sonntag, Vormittags 11 Uhr, im Hafen von New York nach hiesiger Fahrt, auf der es dem „eine patriotische Pflicht“ erfüllenden Zeitungskorrespondenten sehr oft übel geworden sein mag, eingelaufen und ist in programmreifer Weise unter dem üblichen „angehenden Jubel“ eingeholt worden. Er hat Glück, denn während am Sonntagabend noch ein gewaltiger Sturm herrschte, ist's jetzt besser geworden.

Eine böse Szene fand am Sonntagabend im Senat der Vereinigten Staaten statt. Mac Laurin, Senator von Süd-Carolina, stellte die Behauptung auf, daß Tillman, ein anderer Senator von Süd-Carolina, wissenschaftlich läge. Tillman sprang über die Sitze, die ihn von Mac Laurin trennten und schlug ihn ins Gesicht. Es

kam dann zwischen Weiden zu einer regelrechten Schlägerei, und nur mit Mühe gelang es den Angestellten des Senats, die beiden Senatoren zu trennen. — Das böse österröschische Beispiel scheint ansteckend zu wirken.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, den 24. Februar 1902.

Der Reichstag erledigte heute in kurzer Sitzung die zweite Lesung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern. Der Etat der Zölle — es sind die Getreidezölle mit einem Ertrag von rund 500 Millionen Mark — wurde an die Budget-Kommission zur Vorberathung überwiesen. Beim Etat der Verbrauchssteuern gab es nur eine kleine Debatte über Tabaksteuern, die rein theoretischer Natur war. Die Abgg. Köstler-Kaiserlautern und Seyl zu Herrnsheim machten aus ihrer Begeisterung für eine bedeutende Erhöhung des Zolls auf ausländischen Tabak kein Geheul, unser Genosse Molkenbühr wies eindringlich auf die schweren Gefahren hin, die eine Erhöhung des Zolls für die schon jetzt elend bezahlten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen mit sich bringen würde. Jede in Aussicht stehende Zollerhöhung veranlaßt die Konsumenten, sich große Vorräthe von noch billigen Zigaretten anzuschaffen, tritt dann der Zoll ein, so entsteht Abhängigkeit, Arbeiterentlassungen und schwerer Lohndruck. Der Schatzsekretär hatte ja auch bereits mit dem Gedanken einer Erhöhung der Tabaksteuer in seiner einleitenden Rede zum Etat gespielt. Heute kam er nicht darauf zurück, sondern beschränkte sich auf die Behauptung, daß der deutsche Tabakbau im allgemeinen nicht zurückgegangen sei, und daß die Gewichtsteuer, die gegenwärtig erhoben wird, die beste Steuerart wäre.

Das Plenum gönnte sich zwei Tage Ferien, um für die Kommissionsarbeiten Raum zu schaffen. — Am Donnerstag gehen Wahlprüfungen und Petitionen auf der Tagesordnung.

161. Sitzung, Mittags 1 Uhr

Am Bundesratspräsidenten: Frhr. v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Verathung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Der Tit. „Zölle“ wird auf Antrag Dr. Müller-Sagan (SP.) an die Budget-Kommission überwiesen.

Es folgt der Tit. „Tabaksteuer“.

Dr. Köstler-Kaiserlautern (D. u. L.) macht auf den Rückgang des inländischen Tabakbaus aufmerksam. Die Schuld daran trägt die ungenügende Spannung zwischen Höhe der Steuer und Höhe des Zolls. Dabei hat der Zinsvortrag wesentlich zugenommen.

Daher ist ein höherer Tabakzoll unbedingt nothwendig, da unser inländischer Tabak durchaus konkurrenzfähig mit dem importirten ist. (Sehr richtig! recht!)

Molkenbühr (SD.): Herr Köstler hat durch seine Ausführungen nur bewiesen, daß er von den wesentlichen Vorgängen des deutschen Tabakbaus keine Ahnung hat. Wenn die geringe Spannung zwischen Steuer und Zoll Schuld wäre, dann hätte sich vom Jahre 1879 ab, wo der Zoll von 24 Mark auf 85 und die Steuer von 7 auf 45 Mark erhöht wurde, der Tabakbau erheblich besser stehen müssen. In den ersten Jahren war das auch der Fall.

Die Tabakbauern insistiren darauf, daß sie jetzt die einzigen Dasein für die Zigarettenfabrikation sein würden. Thatsächlich wurde aber der Absatz immer geringer, weil der deutsche Tabak in sehr vielen Arten gar nicht zur Zigarettenfabrikation zu gebrauchen ist und nur zum Pfeifenrauchen verwendet werden kann. Nach der Zollerhöhung von 1879 mußte aber der Pfeifenraucher erheblich verzehrt werden, weil die Steuer unerschwinglich für den Konsumenten genommen werden mußte, während die Tabakfabrikanten ja auf die Arbeiter abwälzten. Herr Dr. Köstler sprach davon, daß die Herren und kleinen Leute Tabakbau betrieben; dann ist wohl sehr wohl zu Herrnsheim auch einer von den Kleinen, die geschätzt werden müssen. Der Tabakbauern selbst thun sie einen lakrsten Dienst, wenn sie ihnen mit dem Zoll helfen wollen.

Die Folge würde sein, daß nur noch Cigaretten geräucht werden und dann können wir den deutschen Tabak gar nicht mehr gebrauchen. Ich fürchte, ich fürchte. Zugabe: Es ist, daß die Art der Steuererhebung heute nicht die richtige ist. Einer Veränderung in dieser Beziehung würden auch wir zustimmen. Daß die Herren vom Bund der Landwirthe für Zollerhöhungen sind, begreife ich ja.

Das können Sie (nach rechts) sich um die 150 000 Tabakarbeiter. Im Jahre 1879 sind tausende nach Amerika ausgewandert und die meisten sind Arbeiter wurden durch welche erste Zeit haben Sie ja die meisten Arbeiter und wenn die noch mehr bedrängt werden, dann können sie sich ja der Produktion ergeben. Was kümmern Sie sich darum! (Unruhe rechts. Bravo! b. d. Soziald.)

Herr Graf Halleström: Der Herr Abg. Molkenbühr hat ohne jede Provokation die private Bekanntschaft des Abg. Thru. Seyl zu Herrnsheim in seine Ausführungen verwickelt. Ich muß das als ganzlich unangebracht bezeichnen.

Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann: Die Ausführungen der beiden Herren Vorredner erweckten mich lebhaft an ein kleines Geschichtchen. Ein französischer König wandte sich an die Pariser Sorbonne mit der Frage: Was ist die Ursache, die ein todtes Fische mehr als ein lebendiger? Die verschiedenen Entwürfe liefen ein mit den verschiedensten Gründen für diese Erklärung. Als aber die beiden Fische gewogen wurden, fand man, daß das Gewicht dasselbe war. (Heiterkeit.) Man kann gar nicht sagen, daß der deutsche Tabakbau von 1879 bis heute rückwärts gegangen ist. — Was die Art der Steuererhebung anlangt, so ist eine Vertheuerung deshalb nicht anzurathen, weil der Tabak an Güte sehr wechselt und der Steuererheber auch der Pflanze nicht aufsehen kann, welchen Werth sie thatsächlich als Tabak liefern wird.

a. Karboeff (SP.) wünscht geschäfts Beilegung der Kladderatz bei der Erhebung der Tabaksteuer.

Dr. Köstler-Kaiserlautern (D. u. L.): Wäre Herr Molkenbühr im Recht gewesen, wäre er nicht so groß geworden, mir vorzuweisen, ich vertheue nichts von der Sache. Gerade im Interesse der Tabakarbeiter möchte Herr Molkenbühr für den deutschen Tabakbau eintreten.

Frhr. Seyl zu Herrnsheim (SP.): Mit Hilfe eines neuen Vorgehens läßt sich der deutsche Tabak sehr verbessern. Ich werde stets für die kleinen Tabakbauern eintreten. Natürlich muß auch der Zoll für Zigaretten und Zigaretten erhöht werden. Der deutsche Zoll auf Zigaretten ist geradezu ein Kinderspiel gegen den amerikanischen Zoll.

Molkenbühr (SD.): Ich bin nicht groß, sondern höflich gegen Herrn Köstler geworfen. (Heiterkeit.) Ich habe ihm nur nachgewiesen, daß er ganz willkürlich ein Jahr aus der Statistik herausgerissen hat. Ich war Zigarettenarbeiter; ich habe erlebt, wie zahlreiche Familien von Tabakarbeitern durch den Zoll zu Grunde gerichtet worden sind. Die Buren sind jetzt so herabgedrückt, daß sie etwa auf eine Stufe mit denen der Lärkei oder Speierweinstadt stehen. Wird der Zoll von neuem erhöht, so ist eine weitere Vertheuerung der Lebenslage der Tabakarbeiter und damit eine Verschärfung der Luthlichkeit die unabwendbare Folge.

Dr. Köstler-Kaiserlautern (D. u. L.): Ich vertheue nicht, wie durch Vertheuerung des inländischen Tabakbaus die Arbeiter arbeitslos werden sollen. Wir wollen ja gerade eine Untertage für die Beschäftigten schaffen, die der Arbeiter fehlen. Ich bin Herrnsheim dankbar, daß er seine Versicherungen als nicht groß bezeichnet hat; das läßt einen Schluß zu auf seine gewöhnlichen Umgangformen. (Lachen b. d. Soziald.)

Molkenbühr (SD.): Wenn eine Zollerhöhung für Tabak in Aussicht steht, verjagen sich alle Konsumenten mit Tabak und tritt dann der Zoll in Kraft, so sind eine allgemeine Arbeitslosigkeit und zahlreiche Arbeiterentlassungen die Folge. Der ausländische Tabak ist bedeutend leichter zu verarbeiten als der inländische Tabak.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Köstler (D. u. L.) schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt, ebenso bejahtes der Rest des Etats, sowie der Etat der Reichskampfabgaben.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Graf Halleström: M. G., ich schlage Ihnen vor, die nächsten beiden Tage der Budgetkommission für ihre Arbeiten freizulassen (Bravo!) und die nächste Sitzung zu halten am Donnerstag 1 Uhr. (Wahlprüfungen und Petitionen.) Schluß 3 Uhr.

Molkenbühr dankbar, daß er seine Versicherungen als nicht groß bezeichnet hat; das läßt einen Schluß zu auf seine gewöhnlichen Umgangformen. (Lachen b. d. Soziald.)

Molkenbühr (SD.): Wenn eine Zollerhöhung für Tabak in Aussicht steht, verjagen sich alle Konsumenten mit Tabak und tritt dann der Zoll in Kraft, so sind eine allgemeine Arbeitslosigkeit und zahlreiche Arbeiterentlassungen die Folge. Der ausländische Tabak ist bedeutend leichter zu verarbeiten als der inländische Tabak.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Köstler (D. u. L.) schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt, ebenso bejahtes der Rest des Etats, sowie der Etat der Reichskampfabgaben.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Graf Halleström: M. G., ich schlage Ihnen vor, die nächsten beiden Tage der Budgetkommission für ihre Arbeiten freizulassen (Bravo!) und die nächste Sitzung zu halten am Donnerstag 1 Uhr. (Wahlprüfungen und Petitionen.) Schluß 3 Uhr.

## Versammlung der Bürgerschaft

am 24. Februar 1902.

J. St. Die Versammlung wird um 10 Uhr 25 Min. vom Vorsitzenden Dr. Dreht eröffnet. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung der Antrag des Senats auf Revision des Beamten-Vergütungsetats.

Vor Eintritt in die Tagesordnung geduldet der Vorsitzenden des Ablebens des Bürgervereinsmitglied Director Wentzen; die Versammlung ehrt das Andenken desselben durch Erheben von den Sphen.

Senator Dr. Kling verliest zunächst die vom Senat im Einverständnis mit dem Bürgervereinsrat gefaßten Beschlüsse. Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten.

Dr. Dreht geht auf die Arbeiten des Bürgervereinsrat ein; seine weiteren Ausführungen bleiben unverständlich.

Müller (D. u. L.) will nicht auf den Etat selbst eingehen; er ist aber überrascht von der Antwort des Senats auf das Ersuchen des Bürgervereinsrat um Aufhebung der Beamtenentlassungen. Es sei bedauerlich, daß man sich in 4 Jahren auf Seiten des Senats noch nicht schließt geworden sei über die prinzipielle Frage, ob die Beamtenentlassungen aufgehoben seien oder nicht. Im Reich, in Preußen und in den beiden anderen Kaiserreichen sei die Rationierung abgeschafft worden, warum nicht auch in Lübeck? Bei der Einbringung eines Antrags handelt es sich doch lediglich um die Luthlichkeit desselben und nicht um den Geldbeutel; das sei aber hier der Fall. Redner richtet die Bitte an den Senat, auf der Frage der Aufhebung der Rationierung baldigst Stellung zu nehmen.

Senator Dr. Kling bittet, diese weitgehende Sache nicht mit dem Etat selbst zu verquiden. Die Regelung der Frage sei nicht so einfach, wie der Redner es sich vorstelle.

Dobbertin: Bei der Regelung der Beamtengehälter handelt es sich um einen Kostenpunkt von rund 220 000 Mk. Dieser Betrag stelle für unsere Steuerzahler eine ungeheure Belastung dar, die mit den jetzigen Steuern nur dann gedeckt werden können, wenn die Einwohnerzahl in allerhöchster Zeit ganz bedeutend zunimmt. Da dieses nicht zu erwarten ist, mußte man zu neuen Steuern greifen. Dann sollte man aber nicht mit Kleinigkeiten, Gehaltssteuern, Umsatzsteuern, kommen, denn damit käme man nicht weit (Heiterkeit). Das Große und Ganze müsse bei neuen Steuern getroffen werden. Die höheren Beamten müßten dann aber auch dafür sorgen, daß ein freierwilliger Mittelstand geschaffen werde; sie dürften deshalb nicht, wie es zu wünschen wäre, große Mengen Waaren von auswärts beziehen. Sei es doch vorgekommen, daß mehrere höhere Beamte sich zum gemeinschaftlichen Einkauf von Kofes direkt von der See zusammengekommen hätten. Die Grundzüge des Etats lassen viel zu wünschen übrig. Jeder der im Bürgervereinsrat befindlichen Herren sei gewiß ehrenwerth, von denen sich so manche schon große Verdienste erworben hätten, dennoch aber habe die Bürgerschaft etwas anderes erwartet. Es sei verkehrt, für militärische Gehaltsklassen aufzubessern. Es sei nicht richtig gewesen, die ohnehin hohen Gehälter der höheren Beamten noch aufzubessern; er verweise auf die Gehälter der Wanddirektoren; hiermit habe sich die Kommission ein großes Recht aus der Hand nehmen lassen. Dem J. B. gefaßten Beschlüsse, nach welchem der ganze Etat wieder an die Bürgerschaft zurückkommen sollte zwecks Prüfung, sei nicht nachgegeben — Es sei nicht seine Absicht, an der ganzen Arbeit zu rütteln, denn das hieße, der Beamtenschaft die kleinen Zuwendungen (Luthche), die sie jetzt erhalten solle, rauben. Allerdings handele es sich hier nur um kleinere Zuwendungen an kleinere Beamte (Oh!). Man habe verschiedene Unterstellen bei den Volksschulinspektoren geschaffen. Nach seiner Meinung händen aber die Lehrer mit den Gymnasiallehrern nach den Amtsrathen auf einer Stufe; sie hätten alle ein Ziel, und das sei das der Volksschulbildung (große Heiterkeit). Während Lehrer und Direktoren für die Ausbildung der Kinder Sorge zu tragen hätten, so es Aufgabe der Amtsrathen, dafür zu sorgen, daß die Menschen sich nichts an Schulden kommen lassen. (Große Heiterkeit). Es sei der Oberbehörde mit den verschiedenen Gehaltsklassen eine Zuchttratte in die Hand gegeben worden. Das sei sehr schlecht für die Lehrer, die doch auch ihrer eigenen Idee bilden und lehren müßten. — Redner verweist ferner die Aufgabe der Diätäre in den Etat. Die Kommission habe keine Ahnung gehabt, wie es den kleinen Beamten gehe. Es wäre empfehlenswerth gewesen, wenn man die Kommission auf 4 Wochen mit dem Gehalt eines Diätars nach Travemünde geschickt hätte (große Unruhe), dann erst würden sie eine Ahnung von der Lage der Unterbeamten bekommen. Die Bureaugehilfen seien ganz vergessen worden. Redner stellt den Antrag, daß diejenigen Diätäre, welche im Dezember 1898 zu Beamten gestempelt worden sind, mit in den Beamtenbesoldungsetat aufgenommen werden.

Senator Dr. Köstler (D. u. L.) (höher verständlich) verweist die Kommission gegen den Vorwurf, daß sie nur die oberen Beamten reichlich bedacht und die unteren Beamten mit nur Wenigem abgespritzt hätte. Die Vergleiche der Gehaltsklassen seien zu ziehen nach Maßgabe der Höhe der früheren Gehälter. In längeren Ausführungen weist Redner sodann den Prozentfuß der Erhöhungen nach, und kommt hierbei zu dem Schluß, daß die unteren Beamten vorzuziehlich versorgt seien. — Die Diätäre jetzt in den Etat einzubringen, liegt jetzt kein Grund vor. Ist doch das Verhältnis zwischen den hiesigen und seltenergestellten Beamten in unserer Vaterstadt ein weitestgehend günstigeres, als in anderen Städten, z. B. Hamburg. So beschäftigt die hiesige Steuerbehörde neben 21 seltenergestellten und 10 pensionberechtigten Beamten einige 20 Diätäre. Viele der Besten seien nur aus Mitleid beschäftigt; diese könnten wohl. Schade haben von der Einbringung in den Etat, indem sie infolge ihrer mangelhaften Qualifikation entlassen würden. Es sei also dem Senat kein Vorwurf in dieser Sache zu machen.

Schneidewitz Dreht stellt die Behauptung Dobbertins, die Kommission hätte eine bestimmte Summe angenommen und nach derselben die Regulierung der Gehaltssteigerungen vorgenommen, richtig. Es sei dort lediglich die Gehaltssteigerung maßgebend gewesen. Gleichfalls erklärt er die Behauptung Dobbertins bezüglich der Wanddirektoren für unrichtig; die Bürgerschaft und auch die Kommission hätten ihr Recht nicht aus den Händen gegeben. Die Beträge, welche den Wanddirektoren mehr bewilligt worden seien, würden gar nicht ins Gewicht fallen.

Senator Dr. Köstler (D. u. L.) (höher verständlich) verweist die Kommission gegen den Vorwurf, daß sie nur die oberen Beamten reichlich bedacht und die unteren Beamten mit nur Wenigem abgespritzt hätte. Die Vergleiche der Gehaltsklassen seien zu ziehen nach Maßgabe der Höhe der früheren Gehälter. In längeren Ausführungen weist Redner sodann den Prozentfuß der Erhöhungen nach, und kommt hierbei zu dem Schluß, daß die unteren Beamten vorzuziehlich versorgt seien. — Die Diätäre jetzt in den Etat einzubringen, liegt jetzt kein Grund vor. Ist doch das Verhältnis zwischen den hiesigen und seltenergestellten Beamten in unserer Vaterstadt ein weitestgehend günstigeres, als in anderen Städten, z. B. Hamburg. So beschäftigt die hiesige Steuerbehörde neben 21 seltenergestellten und 10 pensionberechtigten Beamten einige 20 Diätäre. Viele der Besten seien nur aus Mitleid beschäftigt; diese könnten wohl. Schade haben von der Einbringung in den Etat, indem sie infolge ihrer mangelhaften Qualifikation entlassen würden. Es sei also dem Senat kein Vorwurf in dieser Sache zu machen.

Schneidewitz Dreht stellt die Behauptung Dobbertins, die Kommission hätte eine bestimmte Summe angenommen und nach derselben die Regulierung der Gehaltssteigerungen vorgenommen, richtig. Es sei dort lediglich die Gehaltssteigerung maßgebend gewesen. Gleichfalls erklärt er die Behauptung Dobbertins bezüglich der Wanddirektoren für unrichtig; die Bürgerschaft und auch die Kommission hätten ihr Recht nicht aus den Händen gegeben. Die Beträge, welche den Wanddirektoren mehr bewilligt worden seien, würden gar nicht ins Gewicht fallen.

Senator Dr. Köstler (D. u. L.) (höher verständlich) verweist die Kommission gegen den Vorwurf, daß sie nur die oberen Beamten reichlich bedacht und die unteren Beamten mit nur Wenigem abgespritzt hätte. Die Vergleiche der Gehaltsklassen seien zu ziehen nach Maßgabe der Höhe der früheren Gehälter. In längeren Ausführungen weist Redner sodann den Prozentfuß der Erhöhungen nach, und kommt hierbei zu dem Schluß, daß die unteren Beamten vorzuziehlich versorgt seien. — Die Diätäre jetzt in den Etat einzubringen, liegt jetzt kein Grund vor. Ist doch das Verhältnis zwischen den hiesigen und seltenergestellten Beamten in unserer Vaterstadt ein weitestgehend günstigeres, als in anderen Städten, z. B. Hamburg. So beschäftigt die hiesige Steuerbehörde neben 21 seltenergestellten und 10 pensionberechtigten Beamten einige 20 Diätäre. Viele der Besten seien nur aus Mitleid beschäftigt; diese könnten wohl. Schade haben von der Einbringung in den Etat, indem sie infolge ihrer mangelhaften Qualifikation entlassen würden. Es sei also dem Senat kein Vorwurf in dieser Sache zu machen.

Schneidewitz Dreht stellt die Behauptung Dobbertins, die Kommission hätte eine bestimmte Summe angenommen und nach derselben die Regulierung der Gehaltssteigerungen vorgenommen, richtig. Es sei dort lediglich die Gehaltssteigerung maßgebend gewesen. Gleichfalls erklärt er die Behauptung Dobbertins bezüglich der Wanddirektoren für unrichtig; die Bürgerschaft und auch die Kommission hätten ihr Recht nicht aus den Händen gegeben. Die Beträge, welche den Wanddirektoren mehr bewilligt worden seien, würden gar nicht ins Gewicht fallen.

Senator Dr. Köstler (D. u. L.) (höher verständlich) verweist die Kommission gegen den Vorwurf, daß sie nur die oberen Beamten reichlich bedacht und die unteren Beamten mit nur Wenigem abgespritzt hätte. Die Vergleiche der Gehaltsklassen seien zu ziehen nach Maßgabe der Höhe der früheren Gehälter. In längeren Ausführungen weist Redner sodann den Prozentfuß der Erhöhungen nach, und kommt hierbei zu dem Schluß, daß die unteren Beamten vorzuziehlich versorgt seien. — Die Diätäre jetzt in den Etat einzubringen, liegt jetzt kein Grund vor. Ist doch das Verhältnis zwischen den hiesigen und seltenergestellten Beamten in unserer Vaterstadt ein weitestgehend günstigeres, als in anderen Städten, z. B. Hamburg. So beschäftigt die hiesige Steuerbehörde neben 21 seltenergestellten und 10 pensionberechtigten Beamten einige 20 Diätäre. Viele der Besten seien nur aus Mitleid beschäftigt; diese könnten wohl. Schade haben von der Einbringung in den Etat, indem sie infolge ihrer mangelhaften Qualifikation entlassen würden. Es sei also dem Senat kein Vorwurf in dieser Sache zu machen.

Schneidewitz Dreht stellt die Behauptung Dobbertins, die Kommission hätte eine bestimmte Summe angenommen und nach derselben die Regulierung der Gehaltssteigerungen vorgenommen, richtig. Es sei dort lediglich die Gehaltssteigerung maßgebend gewesen. Gleichfalls erklärt er die Behauptung Dobbertins bezüglich der Wanddirektoren für unrichtig; die Bürgerschaft und auch die Kommission hätten ihr Recht nicht aus den Händen gegeben. Die Beträge, welche den Wanddirektoren mehr bewilligt worden seien, würden gar nicht ins Gewicht fallen.

Senator Dr. Köstler (D. u. L.) (höher verständlich) verweist die Kommission gegen den Vorwurf, daß sie nur die oberen Beamten reichlich bedacht und die unteren Beamten mit nur Wenigem abgespritzt hätte. Die Vergleiche der Gehaltsklassen seien zu ziehen nach Maßgabe der Höhe der früheren Gehälter. In längeren Ausführungen weist Redner sodann den Prozentfuß der Erhöhungen nach, und kommt hierbei zu dem Schluß, daß die unteren Beamten vorzuziehlich versorgt seien. — Die Diätäre jetzt in den Etat einzubringen, liegt jetzt kein Grund vor. Ist doch das Verhältnis zwischen den hiesigen und seltenergestellten Beamten in unserer Vaterstadt ein weitestgehend günstigeres, als in anderen Städten, z. B. Hamburg. So beschäftigt die hiesige Steuerbehörde neben 21 seltenergestellten und 10 pensionberechtigten Beamten einige 20 Diätäre. Viele der Besten seien nur aus Mitleid beschäftigt; diese könnten wohl. Schade haben von der Einbringung in den Etat, indem sie infolge ihrer mangelhaften Qualifikation entlassen würden. Es sei also dem Senat kein Vorwurf in dieser Sache zu machen.

Schneidewitz Dreht stellt die Behauptung Dobbertins, die Kommission hätte eine bestimmte Summe angenommen und nach derselben die Regulierung der Gehaltssteigerungen vorgenommen, richtig. Es sei dort lediglich die Gehaltssteigerung maßgebend gewesen. Gleichfalls erklärt er die Behauptung Dobbertins bezüglich der Wanddirektoren für unrichtig; die Bürgerschaft und auch die Kommission hätten ihr Recht nicht aus den Händen gegeben. Die Beträge, welche den Wanddirektoren mehr bewilligt worden seien, würden gar nicht ins Gewicht fallen.

Senator Dr. Köstler (D. u. L.) (höher verständlich) verweist die Kommission gegen den Vorwurf, daß sie nur die oberen Beamten reichlich bedacht und die unteren Beamten mit nur Wenigem abgespritzt hätte. Die Vergleiche der Gehaltsklassen seien zu ziehen nach Maßgabe der Höhe der früheren Gehälter. In längeren Ausführungen weist Redner sodann den Prozentfuß der Erhöhungen nach, und kommt hierbei zu dem Schluß, daß die unteren Beamten vorzuziehlich versorgt seien. — Die Diätäre jetzt in den Etat einzubringen, liegt jetzt kein Grund vor. Ist doch das Verhältnis zwischen den hiesigen und seltenergestellten Beamten in unserer Vaterstadt ein weitestgehend günstigeres, als in anderen Städten, z. B. Hamburg. So beschäftigt die hiesige Steuerbehörde neben 21 seltenergestellten und 10 pensionberechtigten Beamten einige 20 Diätäre. Viele der Besten seien nur aus Mitleid beschäftigt; diese könnten wohl. Schade haben von der Einbringung in den Etat, indem sie infolge ihrer mangelhaften Qualifikation entlassen würden. Es sei also dem Senat kein Vorwurf in dieser Sache zu machen.

Schneidewitz Dreht stellt die Behauptung Dobbertins, die Kommission hätte eine bestimmte Summe angenommen und nach derselben die Regulierung der Gehaltssteigerungen vorgenommen, richtig. Es sei dort lediglich die Gehaltssteigerung maßgebend gewesen. Gleichfalls erklärt er die Behauptung Dobbertins bezüglich der Wanddirektoren für unrichtig; die Bürgerschaft und auch die Kommission hätten ihr Recht nicht aus den Händen gegeben. Die Beträge, welche den Wanddirektoren mehr bewilligt worden seien, würden gar nicht ins Gewicht fallen.

der Aufhebung der Beamtenkauttionen will ich bemerken, daß selbst der Minister erklärt habe, daß er nicht zur Aufhebung rathen könne.

**Dobberstein:** Es ist mir etwas in den Mund gelegt worden, daß ich gar nicht gesagt habe. Redner versucht unter lebhaftem Widerspruch der Versammlung festzustellen, wie seine die Grundlage von 220 000 Mark betreffende Meinung zu verstehen sei. Wenn allen Beamten dieselbe Erhöhung zu Theil geworden wäre, wie den Schulpfletern, dann hätte er nichts zu sagen gehabt. Er erinnere nur an die geringe Bezahlung der Feuerwehrlente.

Senator Dr. Schenburger bemerkt demgegenüber, daß sich die Berliner und Lübecker Wähler in der Gehaltsfrage gleich stehen. Es dürfe aber nicht vergessen werden, daß die Lebensverhältnisse in beiden Städten so verschiedene seien.

Mühsam vertritt nochmals seinen Standpunkt bezüglich der Aufhebung der Kauttionen.

**Pape:** Ja der Bevölkerung herrscht vielfach lebhafter Widerspruch darüber, daß man bei dem jetzigen wirtschaftlichen Uebergang an eine Erhöhung der Gehälter der Beamten herangeht. Es stehe nicht auf diesem Standpunkt. Wenn man aber die Gehälter der Oberbeamten um nahezu 50 Prozent erhöhen könne, wie es bei den Baubirektoren (von 7500 auf 11 000 Mark) geschehen sei, dann müßte man auch die unteren Beamten etwas mehr bedenken. Redner ist nicht der Meinung, daß die Bürgerkassen sich mit dem Abschluß der Beratung bescheiden sollten. Würde man heute nur die Gehaltsfrage der Lehrer erörtern resp. das System der Klassenentlohnung beseitigen, dann hätte man schon genug gethan. Man solle den Lehrern die Menschenrechte geben, die ihnen gebühren, dann hätte die Bürgerkassen ihre Schuldigkeit gethan. Bei den Schulpfletern habe man doch das Klassenlohn system beseitigt, warum nicht auch bei den Lehrern? Hauptsächlich die Schulpfleter bemerkte er, daß es diesen wohl lieber gewesen wäre, wenn an Stelle der Gehaltserhöhung die Beseitigung der heute herrschenden vierwöchentlichen Kündigung gewährt worden wäre. Wegen des Projekts der Gehaltssteigerung müsse er sich ganz entschieden wenden und richte er die Bitte an den Senat, dieses Projekt fallen zu lassen. Man solle doch nicht Alles den Geschäftsführern aufbürden.

Niemann-Schlutup hebt hervor, daß er ein warmes Herz für die Wähler habe, er könne aber der Auffassung des Senats nur beitreten. Alentzleben sei man des Lobes voll über unsere Wähler.

Schulmerich behält sich vor, bei der Position „Elementarlehre“ seine Wünsche vorzubringen.

Damit schließt die Generalbesprechung; es wird nunmehr in die Spezialdiskussion eingetreten. Ueber den Antrag Dobberstein soll am Schluß der allgemeinen Beratung abgestimmt werden.

Dahms begründet einen Antrag, nach welchem die Alterszulagen in 6 Abteilungen nach je 3 Jahren erfolgen soll u. Senator Dr. Klug bittet um Ablehnung des Antrages, da die jetzige Fassung (5 nach je 3 und die letzte nach 5 Dienstjahren) im Interesse der Beamten liegt.

Hierauf zieht Dahms seinen Antrag zurück. (Bravo.)

Pape wendet sich gegen die vierwöchentliche Kündigung der Schulpfleter. Früher habe er sich gewundert, daß man immer neue Gesichter unter den Schulpfletern sähe. Es sei der reine Dienstherr. Man möge die Schulpfleter zunächst auf vierteljährliche Probezeit und dann fest anstellen.

Senator Dr. Schön bemerkt, daß der Nachdienst die Leute wegtreibe. Es sei wünschenswert, daß das jetzige System beibehalten würde.

Dobberstein wünscht, daß die Bureaugehülfen mit in Gehaltsklasse II aufgenommen werden, da sie doch im Jahre 1898 zu Beamten ernannt seien. Ein Anfangsgehalt von 1400 und ein Höchstgehalt von 1800 Mk. sei nicht zu viel für die Bureaubeamten, die zwar überflüssig nicht so sehr wie die Schulpfleter beschäftigt seien, geistig aber mehr arbeiten. (Heiterkeit) Außerdem händen diese ja unter derselben Oberleitung.

Senator Dr. Klug verweist auf die anonyme Petition der Bureaubeamten, in welcher dieselben um Regelung ihrer Gehälter und Aufnahme in den Beamten-Stat mit späterer Festanstellung bitten. Der Hilfsarbeiter könne bei dem heutigen Zustande schon eher zu den höheren Gehaltsklassen aufsteigen; ihre Lage sei sehr gütliche. Eine Ausnahme in den Etat würde einer völligen Umänderung der Grundlage desselben gleichkommen. Sie seien auch sehr zufrieden, deshalb hätte ein großer Theil sich gemeldet, die Petition mit zu unterzeichnen. Die Umstände sei auch wohl die Anonymität zuzuschreiben. Er bittet um Ablehnung des Antrages Dobberstein.

Dobberstein findet gar keine Differenz zwischen ihm und dem Senatskommissar. (Widerpruch.) Es handelt sich um höchstens 55 Leute, denen die Annahme dieses Antrages zu Gute kommen würde. Theilweise bezügen sie heute schon ein Gehalt von 1800 Mk., im Geheiß des Mindestgehalts von 1400 Mk. seien sie aber doch schon alle (Zuruf vom Senatskommissar: „Nein!“). Die Anonymität der Petitioner der Petition spreche für die ganze Sache. (Heiterkeit und Widerpruch.) Die Hilfsbeamten dürfen es nicht wagen, an den Senat heranzutreten (Widerpruch), weil sie fürchten, entlassen zu werden. Durch die Klassenentlohnung bei den Lehrern wird die Speichelleckerei gefördert. (Widerpruch.)

Wortführer Dr. Brechmer macht den Redner darauf aufmerksam, daß Speichelleckerei ein unparlamentarischer Ausdruck ist. (Dr. Benda ruft: „Sehr richtig!“).

Bei der nunmehr vorgenommenen Abstimmung über den Antrag Dobberstein wird derselbe gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Beim Punkt: Gehalt der Steuerkassierer und Zollziehungsbeamten bemerkt Pape, daß man, wenn Mühsam's Vorschlag, bezüglich der Abschaffung der Kauttionen, Geheiß werden sollte, die Beamten auch so behandeln müsse, daß nichts passiren kann. Redner giebt anheim, diese Beamtenkategorie statt in Klasse IV (1600—2200), in Klasse V (1700—2500) einzureihen.

Bei der Frage der Gehälter der Gerichtsvollzieher (2000—2800 Mk.) bemängelt Pape die Zurücksetzung derselben gegenüber den Kanzlisten, besonders, da diese beide Stufen früher gleichgestellt waren. Redner verweist auf die höhere Bezahlung dieser Beamten in anderen Städten und wünscht die Gleichstellung mit den Kanzlisten I. Gehaltsklasse (2000—3000 Mk.). Diese Erhöhung des Höchstgehalts sei schon deswegen notwendig, weil die Gerichtsvollzieher unter Umständen regreßpflichtig gemacht werden könnten. Redner giebt dem Wunsch Ausdruck, daß die Regreßpflichtigkeit auch bei den höheren Beamten eingeführt werde. Zum Schluß bleibt Redner seinen ersten Wunsch bezüglich Gleichstellung der Gerichtsvollzieher mit den Kanzlisten I. Klasse in einem Antrag.

Senator Dr. Klug (am Berichterstatterrechtlich sehr schwer verständlich) meint, daß man die Verhältnisse der hiesigen nicht mit denen der Hamburger Gerichtsvollzieher vergleichen dürfe. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und auch unser Geldbeutel spielen hierbei eine große Rolle. In Braunschweig seien die Gehaltsverhältnisse der Gerichtsvollzieher noch schlechter; dort bezögen sie nur ein Gehalt von 1600 bis 2250 Mk. Die Verhandlungen würden überhaupt nicht zu Ende geführt werden können, wenn bei Beratung des Etats jede Beamtenkategorie ihren Fürsprecher hätte. Zwingende Gründe zur Veränderung des vorgelegten Entwurfs lägen nicht vor.

Dr. Görz: Ja der gemeinschaftlichen Kommission habe eine Reihe von Vorschlägen auf Verbesserung der Gerichtsvollzieher gemacht. Diese sind von der Erwägung ausgegangen, daß sich diese Beamten in Preußen bedeutend besser als hier befinden. Dem Senatskommissar müsse er insofern entgegengetreten, als in Braunschweig den Gerichtsvollziehern noch 10 Proz. ihrer Gehälter zu

ständen. Bei dem Kampfe um Normierung der einzelnen Gehälter bezog man nur zu leicht der Gefahr, daß eine Gehaltsklasse zu Ungunsten der anderen herausgehoben würde. Der einheitliche Gedanke aber gehe hierbei verloren. Mit seinem Antrag sei Pape im Recht; das, was aber hier montirt werde, treffe auch auf die Gerichtsvollzieher zu. Die Stellung der einzelnen Beamten einer Stadt aber läßt sich nicht auf das ganze Reich übertragen.

Pape vertritt seinen Antrag; er habe nichts dagegen, wenn der Etat heute nicht zu Ende komme. Das Gerechtigkeitsgefühl sträube sich dagegen, daß ein Beamter in dem kleinen Wdla mehr bekomme, als einer in Lübeck. Dem Senatskommissar aber erwidere er, daß, wenn von der Bürgerkassen keine Anträge zu diesem Etat mehr gestellt werden sollten, es dann berechtigt sei, wenn die Bürgerkassen nur als Dekonationsstück des Bürgerausschusses hingestellt werde.

Dr. Lebertsch erklärt sich für den Antrag Pape. Es halte heute sehr schwer, die Gerichtsvollzieherstellen überhaupt zu besetzen.

Der Antrag Pape's wird jedoch abgelehnt. Ein von Voedeker und Vrecht gestellter und von Erstem begründeter Antrag, der auch schon den Lehrern an zweiklassigen Schulen eine pensionsfähige Zulage von 200 Mk. sichern will, wird angenommen.

Beim Titel Elementarlehre 2. Gehaltsklasse (1600—3000 Mk.) bemerkt Schulmerich, daß es schon seit Jahren das Bestreben der Lehrer gewesen sei, die Gehaltsklassen anzuhäufen und das Gehalt auf 1800 resp. 3600 Mark zu bemessen. Die Oberbehörde aber erkläre, auf die Gehaltsklassen nicht verzichten zu können. In keiner Stadt bestrehe ein derartiger Zustand. Auch die seminoristisch gebildeten Lehrer haben ihr Amt nach besten Kräften auszuführen. Warum bestehen denn bei den Lehrern keine Gehaltsklassen? Bezüglich der Gehaltsverhältnisse bemerke er, daß bereits vor 25 Jahren das Anfangsgehalt auf 1800 Mark und das Höchstgehalt auf 2600 Mark normirt gewesen sei. Seit dieser Zeit aber haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Er wolle keinen Antrag stellen. (Mha!) Er habe nicht den Muth, da er wisse, daß die Furcht reifen muß und Oberbehörde und Senat kommen müssen. Heute würde letzterer einem derartigen Beschlusse seine Zustimmung ja doch nicht geben. Redner schließt in der Hoffnung, daß der Bürgerkassen recht bald eine die Gehalts- und Klasseneinstufung der Elementarlehre regelnde Vorlage zugehen werde. Ein Antrag sei auch deshalb nicht eingebracht worden, weil durch eine dadurch event. hervorgerufene Verzögerung die Lehrer leicht die Unzufriedenheit der übrigen Beamten auf sich laden könnten und das wollen sie nicht. (Bravo.)

Geheimrath Vrecht (nahezu unverständlich) wendet sich in langen Ausführungen gegen den Vordredner.

Voedeker betrachtet den jetzigen Zustand als Uebergang zu dem Ideal der Lehrer auf Beseitigung der Klassen. Es würde nichts nutzlos, noch lange Neben hierüber zu halten. Wenn es an das Antworten ginge, dann seien die Lehrer aber auch noch da. Es würde hierbei aber zu lange währen.

Rosenquist bemerkt Recht gegenüber, daß man als Direktor seine Untergebenen am Fand habe. Er (Redner), als Mittelstandsmann, möchte nicht, daß die Gehaltsklassen bleiben; denn dann würde er verlangen, daß seine Kinder nur von Lehrern I. Gehaltsklasse unterrichtet würden. Für Lehrer II. Klasse dankt er. (Große Heiterkeit.)

Schulmerich: Es ist nicht leicht, ein Ideal auszugeben. Für die Oberlehrer seien doch die Klassen gefallen. Bei etwaiger Verschärfung der Disziplinarmittel seitens der Oberbehörde würde letztere in Verlegenheit nicht auf Widerstand stoßen. Event. könnten Geldstrafen eingeführt werden. (Widerpruch.) Die Lehrer wünschen keine große Spannung zwischen Anfangs- und Höchstgehalt. (Heiterkeit.)

Senator Dr. Klug hält eine Beseitigung der Klassen für unvereinbar mit einer festen Schulverwaltung.

Professor Dr. Baetke betont, daß im Bürgerausschuß eine große Ueberzeugung für die Forderung der Lehrer gewesen sei.

Hempel steht auf dem Boden der Ausführungen Schulmerichs und Voedekers. Er bittet, den Lehrern das Beste zu geben und nun möglichst Schluss in dieser Sache zu machen.

Vrecht (mit Do-Rufen begrüßt) bleibt infolge der herrschenden Unruhe unverständlich.

Pape tritt für Beseitigung der Gehaltsklassen ein, verzichtet aber mit Rücksicht auf die Forderung, welche er vorher gemacht hat, auf Stellung eines Antrages. Der Muth zum Antragstellen fehlt mir nicht (Große Heiterkeit.) Die Anwärter Brechts gehen vom grünen Tisch aus. Auswärtige Lehrer können es nicht begreifen, daß sich die Lübecker Lehrer so etwas bieten lassen.

Stender vertheidigt unter großer Unruhe der Versammlung die Klassifizierung der Bauführer und der Gerichtsvollzieher und Kanzlisten, ist aber gegen dieselbe bei den Lehrern. Er schließt: Ob Lehrer oder Baubirektor oder sonst was, ist ganz schnuppe. (Heiterkeit.)

Ein von Stender gestellter Antrag, dem Titel: „Lehrer der Gewerkschule“ hinzuzufügen: „und der Baugewerkschule“ wird, nachdem Senator Dr. Schenburger dagegen gesprochen, abgelehnt.

Abgelehnt wird ein weiterer Antrag Stender, das Gehalt des Oberlehrers an der Baugewerkschule (4200 resp. 6500 Mk.) auf 4500 resp. 7500 Mk. festzusetzen, nachdem Dr. Plessing dagegen gesprochen hatte.

Beim Punkt: Gehalt der Bauingenieure bemerkt Senator Dr. Plessing, daß die Gehälter der Bauingenieure des Direktors der Navigationschule; Senator Dr. Plessing widerspricht auch diesem Antrage. Nur der Antragsteller erhob sich für seinen Antrag. (Gr. Heiterkeit.) Damit ist die Beratung erschöpft. Zur Geschäftsordnung spricht

Stender den Wunsch aus, daß der Senat mehr als bisher der Nebenbeschäftigung von Beamten entgegenzutreten solle.

Senator Dr. Klug jagt strenge Durchführung der betreffenden Bestimmungen zu.

Nach debatteloser Annahme der Nachträge zum Unterrichtsgeheiß und zum Geheiß über die Rechtsverhältnisse der Beamten wird sodann die Gesamtvorlage mit großer Majorität angenommen, der zurückgehaltene Antrag Stender nach kurzer, unwesentlicher Debatte dagegen abgelehnt.

Vor Schluß der Versammlung giebt Dr. Brechmer bekannt, daß ihm ein Schreiben zugegangen sei, welches die in einer Arbeitlosenversammlung gefaßte Resolution enthalte. Er vorliest hierauf die unferen Beseren bekannte Resolution.

Senator Dr. Klug: Die Baudeputation hat beschlossen, während des Winters die Arbeit fortzusetzen, trotzdem in früheren Jahren fleiß ausgelegt worden ist. Infolgedessen ist auch der Wasserbau und Kanalbaubetrieb während des Winters Tag und Nacht fortgesetzt worden, bei welchem 500 Mann beschäftigt seien. (Hört, hört!) Außerdem ist eine Reihe von Bergbauarbeiten in diesem Jahre den Meistern zu Theil geworden, welche eigentlich erst im nächsten Jahre vergeben werden sollten. In den Anlagen sind bis vor kurzem 100 Arbeiter beschäftigt gewesen, von denen infolge des Frostes ein Theil allerdings entlassen worden ist; das Poliarium habe bei dem starken Schnee fall annähernd 200 Arbeiter eingestellt. Was möglich ist, geschieht anzureisen. Der Winter ist aber jetzt nur noch kurz und dann haben wir auch nicht einen so großen Nothstand, wie er in solchen Bergbauarbeiten proklamirt wird. Es ist nicht so schlimm! Sollte das wirklich der Fall sein, dann müßte noch etwas geschehen.

Pape stellt, um noch zu Wort zu kommen, pro forma den Antrag auf Erwerbung der Eingabe an den Bürgerausschuß. Er erklärt, den Antrag nur gestellt zu haben, um sich an dieser Stelle

gegen die Forderung auf Einführung einer Arbeitlosenversicherung durch das Reich auszusprechen. Dadurch würden die ständigen Arbeitlosen, die man unter dem Namen „Eßwen“ kennt, von den Arbeitwilligen unterhalten. Er möchte nicht, daß von Lübeck aus ein derartiger Antrag unterstützt würde. Es sei in dankbarer Weise anzuerkennen, daß seitens des Staates alles gethan worden sei, was gethan werden konnte. Er halte diese sozialdemokratische Forderung nicht für berechtigt; auch die Arbeiter seien nicht der Meinung, daß auf diesem Wege etwas geschehen muß.

Dr. Brechmer konstatirt, daß Pape gegen seinen Antrag gesprochen habe.

Hierauf zieht Pape seinen Antrag wieder zurück. (Große Heiterkeit.)

Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 25. Februar.

**Achtung, Maler!** Die Erziehung des Gesellschaften ausjüßes findet am Donnerstag, den 27. Febr., Abends 8 1/2 Uhr im „Bürgerverein“ statt. Es ist Pflicht der Gehülften, möglichst zahlreich zu dieser Wahl zu erscheinen.

**Der „kühne“ Streiter gegen die Sozialdemokratie,** der ewig lächelnde Redakteur des Amtsblattes, Kühn, hat den Staub Lübeck von seinen Pantoffeln geschüttelt und ist nach Halle abgedampft, wo er als Redakteur der „Halle'schen Zeitung“ den Kampf gegen die Umstürzler weiter führen wird. Wir sehen den kühnen Mann nur ungern scheiden, da er uns mit seinen Polemiken manche heitere Stunde bereitet hat. Hoffentlich findet sich recht bald Ersatz für ihn, vielleicht in Gestalt eines abgedankten Offiziers, der den Kampf gegen die „Lübecker Nothen“ dann mit Schneid führen kann. In der Redaktion des Amtsblattes sieht es jetzt öde und traurig aus, denn mit Kühn ist auch der j. Jt. mit so großem Geschrei empfangene Mitarbeiter Bell von der Berliner Journalistenschule verschwunden. Ja, ja, es ist nicht leicht, Redakteur oder Mitarbeiter an einem Amtsblatt zu sein!

**Eine Speisung bedürftiger Schulkinder** findet in Segeberg (Holstein) seit längerer Zeit in den Räumen der Mädchenbürgerschule statt. Es stellen sich dazu täglich 80—100 Kinder, darunter auch einzelne noch nicht schulpflichtige aus armen Familien ein, die eine kräftige Fleischsuppe mit Reis, Graupen, Erbsen oder Bohnen erhalten. — In Segeberg befinden sich auch Leute in der Verwahrung, die sozialpolitische Einsicht besitzen und die wissen, wie hungrigen Menschen zu Muthe ist. In unserer Vaterstadt aber bekämpft man die durch die Arbeitslosigkeit herbeigerufene Noth durch Abblugung eines besonders Notstandes, wie die gefrige Bürgerkassenversammlung bewiesen hat. So sorgt man in Lübeck für seine hungernden Unterthanen.

**Auf die Experimentalkonferenzen** des Privatgelehrten H. Wempe aus Oldenburg, welche am 3. und 4. März abends 8 1/2 Uhr im großen Saale des „Vereinshauses“ stattfinden, sei nochmals an dieser Stelle hingewiesen. Leider begegnet man vielfach noch in Arbeiterkreisen einem gewissen Mißtrauen gegen die Vorträge von Gelehrten; man fürchtet, daß der Vortragende sich nicht dem Auffassungsvermögen seiner Zuhörer anpassen vermöge. Wir können sowohl auf Grund eigener Erfahrung als auch auf Grund der uns vorliegenden Rezensionen nur erklären, daß dieses Mißtrauen dem Herrn Wempe gegenüber nicht am Platze ist. Ueberall hat sich die völlig dialektische, klare und deutliche Sprache des Vortragenden die Zufriedenheit des Auditoriums in Sturm erobert. Möge deshalb die Lübecker Arbeiterkassen durch zahlreichen Besuch dieser Vortragsabende beweisen, daß sie Interesse an der Darstellung der Fortschritte auf elektrischem Gebiete hat, und daß sie bestrebt ist, auch hier ihr Wissen zu bereichern.

**Ein Invalidenhaus für lungenkranke männliche Rentenberechtigte** will die Hanseatische Invaliditäts- und Altersversicherungsgesellschaft in der Nähe des Gneisenburgheims bei Großhansdorf errichten. Ein diesbezüglicher Antrag ist dem am 28. d. M. zusammengetretenen Ausschuss der Versicherungsanstalt unterbreitet. Die Gesamtkosten sollen 178 000 Mk. betragen. Die Kosten für den Pflanztag sind auf 1,50 bis 2 Mk. veranschlagt. Vorerst soll für die Unterbringung von 30 Pflanzlingen gesorgt werden. Der Ausschuss hat sich am Sonntag außerdem mit einer Vorlage, betr. Nachtrag zu den Satzungen der Versicherungsanstalt und der Wahl von Schiedsgerichtsmitgliedern zu beschäftigen.

**Ein bedauerlicher Unglücksfall** hat sich am Montag Vormittag in der Fleischerstraße zugezogen. Dort fiel infolge plötzlichen Anziehens der Pferde eines Bauwagens der Kutscher auf die Straße und gerieth unter die Pferde seines eigenen Fuhrwerks. Hierbei hat er eine starke Quetschung davongetragen, jedoch er in ein in der Nähe befindliches Haus gebracht werden mußte, wobei ihm die erste ärztliche Hilfe zu Theil wurde. Hoffentlich erweist sich die Verletzung als eine nicht sehr schwere, jedoch der Verunglückte, ohne dauernden Schaden an seiner Gesundheit zu erleiden, noch einigermaßen gut davonkommt.

**Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Die Vorstellung am Mittwoch bringt drei Sinfonien: „Die Verdamnten“, Hierauf: „Die Fische“ und zum Schluß: „In Civil“, Schluß in 1 Akt von Gust. Kadelburg, welcher bei jederwärtiger Aufführung wahre Wunderschöne entfesselt. Am Donnerstag gastirt zum letzten Male die in Lübeck allbekannte, sich außerordentlich Sympathie erfreuende Künstlerin, Fräulein Marie Bräuning aus Dresden, als Rosalinde in „Fiedermaus“. Die Direktion hofft, daß dieser kurze Hinweis genügen möge, das Publikum zu regem Besuch anlässlich der Abschieds-Vorstellung der Gastin zu veranlassen. Das ewig Weibliche, weiteres Phantasienspiel in 4 Akten von Robert Mich, erlebt an unserem Theater seine Erkaufführung am Freitag unter Mitwirkung von 20 jungen Mädchen, welche, in Verbindung mit den Theater-Damen, das Gepräge der Amosorenkaiserin darstellen werden.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Ermittelt und festgenommen wurde auf Grund eines Haftbefehls des hiesigen Amtsgerichts, Abth. II, ein Arbeiter aus Schwerin, der sich eines Verbrechens gegen § 219 und eines Vergehens gegen § 166 des St.-G.-B. schuldig gemacht hat. — Festgenommen wurde ein Kesselschmied aus Binden, der seitens der königlichen Amtsanwaltschaft in Bremerbörde wegen Bettelns flehentlich verfolgt wird.

**Festgenommen** wurden am gestrigen Tage 8 Personen wegen Bettelns und 2 Personen wegen Trunkenheit.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** In Rößel (Mecklenburg) feuerte der Knecht Müller auf Frau und

Tochter des Arbeiters M., weil ihm der Verkehr mit der...  
Lübecker Stadttheater.  
Der Kaufmann von Venedig, von W. Shakespeare.

solten für unseren städtischen Musiktempel jene schönen Zeiten...  
Literarisches.  
Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez' Verlag) ist soeben das 21. Heft des 20. Jahrgangs erschienen.

und als solche hat sie des Guten zu viel: eine ansprechende Er-  
scheinung, eine klare Sprache, ein gewisses darstellerisches  
Talent. Wenn sie in tüchtige Hände gelangt, kann sie vielleicht noch  
sehr gut werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber  
durchaus keine Verantwortung.

Henni Schacht  
Karl Ebert, Kesselschmied  
Berlote.

Verspätet  
Für die Teilnahme bei der Beerndigung meines  
Mannes sowie für die Kranzgebenden und die kost-  
reichen Worte des Herrn Pastor Henkel am Sarge  
des Entschlafenen sage hiermit meinen aufrichtigen  
Dank.

Frau Fiencke Wwe.  
Ein Logis für 2 junge Leute  
Gr. Viehan 4.

zum 1. April eine Wohnung  
Preis 200 Mk. Brüderstraße 9a.  
Zu vermieten eine Wohnung mit drei  
Zimmern und Zubehör zum 1. April, Preis  
215 Mk.

Zu verm. ein gut möbl. Zimmer  
bei einer älteren alleinstehenden Witwe  
Schützenstraße 55a.

Umstände halber zu sofort oder 1. April eine  
Wohnung, 2 Stuben, Küche, Keller, Wasser,  
Boden, Preis 140 Mk., zu vermieten  
Heinrichstraße 13b.

Zu verm. 2. St., 3 Zimm. u. Zubeh.  
Steinstraße 3a

Durch Zufall eine Wohnung  
zum 1. April an einzelne Leute zu vermieten  
Gneisenstraße 12.

Ein hübscher Kleider-Kasten  
zu verkaufen oder zu vermieten  
Gartenstraße 11.

Zu kaufen gesucht ein Feder-Damm und ein  
Stalier-Gebirg.  
Hofstr. 11 mit Briefangabe unter S A 55 an  
d'e Exp. d. Bl.

Ein gebrauchter Regulirofen  
zu kaufen gesucht  
Brüderstraße 29a.

Sollte es verfallen ein Schrank, eine  
Gängelampe, ein Kinder-Klappstuhl  
Hofstraße 24

Zwei neue Commoden, 15 Mark,  
zu verkaufen  
Hofstraße 21

Ein großer Tisch, 100x160 Cm., für 8  
Mark und ein großer eisener Koffer zu ver-  
kaufen  
Hofstraße 55

Ein Parthie neue Kräfte  
zu verkaufen  
Schützenstraße 52

### Hochfeine Margarine!

#### Special-Marke „Natur.“

An Qualität unübertroffen! Bräunt wie beste Naturbutter!

Fabrikanten: Klatt & Dittmann, Altona-Ottensen,  
ist erhältlich in folgenden Geschäften:

H. L. Wiegels, Fischergarben (vorm. J. C. Bunge)	L. M. Puls, Amalienstraße.
H. Wiedow, Engelsgrube.	Heinr. Levermann, Klappenstraße.
Gustav Herrmann, Baluenerstr.	Carl Gühler, Westhoffstraße.
Aug. Paetow, Biegelstraße.	Carl Will, Sedanstraße.
Joh. H. Fick, Bahnhofsstr.	H. J. Hannemann, Karpenstraße.
H. Waedow, Bahnh.	Carl D. Dürkop, Steinstraße.
Johs. Holst, Dannewitzgrube.	Emil Tetzlaff, Broderstraße.
Wilhelm Bollow, Ludwigstraße.	Wilh. Schnell, Sedanstraße.

Weitere Verkaufsstellen werden errichtet durch den Vertreter:  
**Leopold Dose, Lübeck, Breitestraße 3, Fernsprecher 811.**

## Socialdemokratischer Verein

### Großer wissenschaftlicher Experimental-Vortrag

von H. Wempe, Privatgelehrter aus Oldenburg i. Gr.

Die neuesten Ergebnisse der electrischen Forschung  
am 3. und 4. März 1902

im grossen Saale des Vereinshauses, Johannisstr. 50/52.

3. März: Electriche Wellen und Strahlen, Herzsche Versuche, optische Analogie electrischer Strahlen,  
Telegraphie ohne Draht, Lichtelectriche Telegraphie u. Grundversuche des electrischen Fernsehens.

4. März: Ueber hochfrequente Wechselströme, Tesla'sche und Tesla'sche Licht der Zukunft, Vacuum-  
Entladungen, Röntgenstrahlen, deren Anwendung und geschichtliche Entwicklung, experimentell  
dargestellt (Berichte von Hülser, Hiltorf, Crookes u. a. im Zusammenhang), irreführende Materie.

Preis 20 Pfg.

Karten sind zu haben: Im „Vereinshaus“, Johannisstr. 50/52, bei C. Wittfoot, Hüfstr. 18,  
F. Leeke, Leberstr. 3, H. Boysen, Böttcherstr. 18, L. Puls, Gr. Burgstr. 11, Wilh. Menschel,  
Hafenstraße 53, in der Exped. des „Volksboten“ und bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern u. Districts-  
führern.

Die Karten sind nur für einen Abend gültig.

Der Vorstand.

### Bauzeichnungen

fertigt an  
H. Steinfass, Grönlundstraße 23.

### Ein guterhaltener Kinderwagen

billig zu verkaufen  
Hofstraße 55, part.

### Ein guterh. rothbrauner Garnitur

billig zu verkaufen  
Klappenstraße 6b, 1.

## Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton  
per 100 Stück von 1 Mk. an.

Die Druckerei des Ldb. Volksboten.

### Magdeburg. Sauerfohl

per Pfd. 5 Pfg. empfiehlt

## Reinh. Büsen

Arminstraße 1a.

### Apfelsinen

schöne neue Frucht, per Stück 5 Pfg.  
empfiehlt

## Reinh. Büsen

Arminstraße 1a.

### Als billige und gute Einkaufsquelle

von Essig, Essigsprit, Heringen,  
Sajgurken, Sauerkohl,  
Anchovis, Käse u. s. w.

können wir

## H. L. Wiegels

vorm. J. C. Bunge  
61 Fischergarben 61 empfehlen

Sehr schöne gutbrechende  
weiße Langbohnen  
per Pfd. 14 Pfg., 5 Pfd. 65 Pfg.  
empfiehlt

## Reinh. Büsen

Arminstraße 1a.

## Central-Verband der Fleischer Deutschlands.

(Sitzstelle Lübeck)

### Einladung zum Kappenfest u. Ball

am Sonntag den 2. März 1902  
in Schneider's Gesellschaftshaus, Johannisstr.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 60 Pfg., Damen frei.

Das Comité.

## Stadt-Theater.

Mittwoch den 26. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
123. Abon.-Vorst. 149. Vorst. 21. Mittwoch's Ab.

### Die Verdammten.

Schauspiel in 1 Akt von Hans v. Gumppenberg  
Schauspiel in 1 Akt von Ludwig Fulda.

### In Civil.

Schauspiel in 1 Akt von Gustav Kadelburg.  
Donnerstag den 27. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
124. Abon.-Vorst. 150. Vorst. 20. Donnerstags-Ab.

### Maria Brüning aus Dresden

2. und letztes Gastspiel von

## Die Fledermaus.

Rosalinde — Marie Brüning.  
Freitag den 28. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Zum 1. Male in Lübeck.

Neuheit! Neuheit!

## Das ewig Weibliche.

Phantastisches in 4 Akten von Robert Mück.

## Der Außenhandel Deutschlands.

Die vorläufigen, in den monatlichen Nachweisen publizierten Zahlen ergeben für die Ausfuhr im Jahre 1901 einen Werth von 4759 Millionen Mark, für die Einfuhr 5967 Millionen. Im letzten Jahrzehnt nahm somit die Entwicklung folgenden Verlauf:

Jahr	Einfuhr in Millionen Mark	Ausfuhr in Millionen Mark
1892	4403	3150
1893	4227	3245
1894	4134	3052
1895	4285	3424
1896	4558	3754
1897	4865	3786
1898	5480	4010
1899	5784	4368
1900	6043	4753
1901	5967	4759

Von 1892 bis 1895 einschließlich ergibt sich für die Einfuhr eine Periode der Stagnation; 1896 setzt der Aufschwung ein, der Werth der eingeführten Waaren steigt in schnellen Schritten, das Krisenjahr 1901 bringt bereits einen fühlbaren Rückgang, um 76 Millionen Mark. Etwas anders gestaltet sich das Bild bei der Ausfuhr. Die Entwicklung ist hier etwas stetiger: Das Jahr 1893, das eine verminderte Einfuhr brachte, hatte eine im Vergleich zum Vorjahr größere Ausfuhr; desto fühlbarer war der Rückgang 1894 — um nahezu 200 Millionen Mark; dann aber steigt die Ausfuhr ununterbrochen, aber nicht so schnell wie die Einfuhr.

Diese allgemeinen Ziffern kennzeichnen jedoch die Lage nicht genügend. Ziehen wir vorerst die Ausfuhr in Betracht. Hier finden wir für 1901 vor allem ein gewaltiges Steigen der Ausfuhr an Eisen und Eisenwaaren: 1899 waren es 424, 1900 480, 1901 607 Millionen Mark. Wir haben wiederholt auf diese Erscheinung hingewiesen und gezeigt, daß diese vergrößerte Ausfuhr keineswegs auf rationelle Handelsbeziehungen zurückzuführen ist, sondern auf die Handelspolitik, die nur durch das Bestehen der gewaltigen Unternehmerverbände der Eisenindustrie möglich ist. Es wurde Eisen ausgeführt, nicht weil die Nachfrage im Ausland stieg, sondern weil die Nachfrage im Inlande sank; um den Inlandspreis zu halten, um den deutschen Markt zu entlasten, wurde Eisen zu Schleuderpreisen ins Ausland geschickt. Es handelt sich hierbei um eine Steigerung der Ausfuhr gegen das Vorjahr um 127 Millionen Mark. Ohne diese Operation, die so zu sagen einen Zwangsverkauf darstellt, würde sich also die Gesamtsumme wesentlich anders darstellen. Ähnlich steht es mit Steinkohlen. 1897 wurden Kohlen im Werthe von 133 Millionen Mark ausgeführt, 1898 160, 1899 233, 1900 283, 1901 279 Millionen Mark. Sedenfalls keine „gesunde Entwicklung“; aber das Ziel ist erreicht: infolge der gewaltigen Ausfuhr bleiben die Wucherpreise auf dem inneren Markte bestehen.

Ungemein charakteristisch dagegen ist der Rückgang in der Ausfuhr von Baumwollwaaren und Maschinen: Der Werth der letzteren war 1900 auf 315 Millionen Mark gestiegen, 1901 ist er auf 294 Millionen Mark zurückgegangen; der Werth der ausgeführten Baumwollwaaren war 1900 321 Millionen, 1901 301 Millionen. Derartige Zahlen beweisen, daß, entgegen allen Behauptungen, die gegenwärtige Krise allgemein ist, daß die Absatzstörung sich international äußert. Nur aus dem Zusammenbruch der Industrie in Rußland, der Störung in Frankreich und in den überseeischen Ländern läßt sich der Rückgang der Maschinenausfuhr erklären. Dabei ist zu bemerken, daß gerade die deutsche Maschinenindustrie in der Periode des Aufschwunges sich in geradezu erstaunlichem Tempo entwickelt hat.

Ueberblickt man die Ausfuhrziffern, so kann gar kein Zweifel bestehen, daß die hochentwickelte deutsche Industrie unter allen Umständen auf gute Handelsbeziehungen an-

gewiesen und in immer steigendem Maße am Freihandel interessiert ist. Sie wird in der Zukunft auf alle Fälle von dem Auf- und Absteigen der Konjunktur des Weltmarktes beeinflusst, wenn aber die Regierung es fertig bringt, Zollkriege anzuzetteln, so werden die Folgen sich furchtbar fühlbar machen. Den Monopolisten, den in Syndikaten zusammengeschlossenen Waarenwucherern freilich, kommt es nur darauf an, den inländischen Konsumenten zu schröpfen, ihnen ist mit hohen Zöllen gedient, die Industrie als Ganzes wird durch einen Zolltarif, wie der jetzt zur Berathung stehende, auf's ernstlichste gefährdet.

Wie thöricht es ist, bei der jetzigen Lage der deutschen Volkswirtschaft Zollkriege zu provozieren, oder auch nur dem Auslande Anlaß zu einer Erhöhung der Zölle auf deutsche Waaren zu geben, zeigen z. B. folgende Zahlen: Die hochentwickelte Lederindustrie exportierte 1899 Lederwaaren im Werthe von 166 Millionen Mark, 1900 152 Millionen Mark, 1901 132; also ein Rückgang infolge der verschärften Konkurrenz und infolge des Umschwunges der Konjunktur. Nun muß aber diese Industrie ihr Rohmaterial zum beträchtlichen Theile aus dem Auslande beziehen. Die Einfuhr an Häuten wurde 1899 auf 187 Millionen Mark beziffert, 1900 auf 224 Millionen Mark und 1901 auf 218 Millionen Mark, diese Einfuhr ist also nur um ein geringes zurückgegangen, trotz des fühlbaren Rückganges beim Export. Das beweist also klar und deutlich, daß diese Industrie auf den Import der Häute angewiesen ist, ihn nicht entbehren kann, daß sie an billigen Preisen dieses Rohmaterials interessiert sein muß. Und was thut nun Graf Posadowsky: er will den Zoll für Häute von 18 auf 30 Mk. pro Doppelzentner erhöhen, ebenso den Zoll für Gerbstoffe, und auch der Zoll für Leder soll ganz gewaltig gesteigert werden — bisher 18 bis 36 Mark, im Entwurfe 30 bis 80 Mark! Dafür soll dann der einheimischen Industrie ausgiebiger Schutz gewährt werden: Schuhe sollen mit 120 bis 180 Mk. statt mit 50 — 70 Mk. verzollt werden, Handschuhe mit 200 statt mit 100 Mk. usw. Aber diese Industrie bedarf dieses Schutzes gar nicht, weil die Einfuhr durchaus unbedeutend ist. Die Folge aber wird sein: das Ausland wird sich für den Zoll auf Häute usw. revanchieren, indem es die Zölle auf deutsche Lederwaaren erhöht, den deutschen Exporteuren aber wird das Geschäft erschwert, indem die Rohstoffe und Halbmaterialien verteuert werden. Es wird daher im Auslande die Lederwaaren-Industrie künstlich gefördert werden und dabei werden gerade die deutschen Fabrikanten ohne langes Besinnen ihre Betriebe ins Ausland verlegen. Dies ein Beispiel für Viele.

## Soziales und Partikulares.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Zahl der ausgesperrten Weber in Greiz ist nunmehr durch die Kommission festgestellt. Es kommen im Ganzen 2103 Personen in Betracht. Darunter sind 1165 männliche und 938 weibliche Personen. Verheirathet sind 1274, die zusammen 2766 Kinder zu ernähren haben. Es ist zu bemerken, daß eine Anzahl bereits anderweit Arbeit erhalten, ein Theil abgereist und ein weiterer Theil sich nicht angemeldet hat, die also der Zahl der Aussperrten zugehört werden müssen. Organisiert sind ca. 1000 Personen. Dieselben erhalten Unterstützung vom Verband, während die übrigen durch freiwillige Zuwendungen unterstützt werden müssen.

**Eine Spiegelfabrik auf genossenschaftlicher Grundlage** soll in Fürth errichtet werden. Eine Anzahl Rahmenschreiner, die der ewigen Placereien und Lohnreduktionen durch die Unternehmer müde sind, sind mit kapitalkräftigen Kaufleuten in Verbindung getreten, um ein passendes Etablissement zu erwerben und genossenschaftlich zu betreiben. Es sollen darin alle Arten Spiegelrahmen hergestellt werden. In Aussicht genommen ist die Beschäftigung von 200 bis 300 Arbeitern. Die Arbeitszeit soll 54 Stunden betragen. — In der Spiegelschleifereibranche in Fürth giebt

es wieder überall Differenzen. Die Unternehmer wollen die Krise benutzen, um mit Lohnfürzungen vorzugehen. In einem größeren Betriebe haben bereits sämtliche Arbeiter aus diesem Grunde die Arbeit niedergelegt. Da von den ca. 500 Glaschleifern in Nürnberg-Fürth über 450 organisiert sind, wird das Bestreben der Unternehmer erfolglos sein, nur muß der Zuzug von auswärtig streng vermieden werden.

**Der Triumph des Arbeitswilligen.** Am Rathhausneubau zu Leipzig fing im Dezember vorigen Jahres ein Maurer an zu arbeiten, der den Lebrigen als „Arbeitswilliger“ bei einem früheren Streik bekannt war. Ein Maurer Dr. Kleidete seinen Unmuth über den Charakter und die Thätigkeit des „Arbeitswilligen“ in etwas drastische Worte. Das Gericht hielt eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen für eine angemessene Sühne für diese Schandthat. Außerdem ordnete es an, daß das Urtheil 8 Tage lang auf Kosten des Verurtheilten — am Rathhausneubau auszuhängen sei.

**Eine Gewerkschaft nach der andern** tritt der Arbeitslosen-Unterstützung durch die Gewerkschaften näher. Auf dem gegenwärtig tagenden Steinseher-Verbandstage wurde beschlossen: auf dem nächsten Verbandstage den Antrag auf Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung auf die Tagesordnung zu setzen und den Zentralvorstand zu beauftragen, das nöthige Material zu unterbreiten.

**Eine eigenartige Resolution** haben die organisierten Brauer Erfurts gegen den Genossen Henning, Redakteur der „Erfurter Tribüne“ losgelassen. Sie lautet: „Die am 8. Februar tagende Mitglieder-Versammlung der Brauer und Berufsgenossen ersucht die Presskommission, den Redakteur Henning darauf zu verweisen, die „Tribüne“ nicht als Zummelplatz seiner Anschauungen betreffs Alkoholfragen zu benutzen.“ — Wahrscheinlich glauben die biedereren Brauer, daß durch die Propaganda des Gen. Henning für das Abstinenzlerthum ihr Gewerbe geschädigt werden könne. Uebrigens ein etwas eigenartiger Standpunkt für organisierte, aufgeklärte Arbeiter.

**Die diesjährige Landesversammlung** der sozialdemokratischen Partei Sachsens findet am 1. und 2. April in der „Goldnen Weintraube“ zu Meissen-Eßln statt.

**Einen Bericht über die Arbeitslosenzählung** in Berlin erstattete am Donnerstag der Gewerkschaftssekretär Köpcke in der Berliner Gewerkschaftskommission. Es haben nicht weniger als 12000 Personen, darunter 8776 Gewerkschaftsmitglieder, an der Zählung mitgeholfen. Anguerkennen ist das Interesse, das das Berliner Publikum der Sache entgegengebracht habe. Die Ausstellungen gegenüber der Zählung seien meist unbegründet. Doppelzählungen seien durch geeignete Maßnahmen vermieden. Arbeiter, die bloß am Zähltag auszuheben mußten, desgleichen die Rentenempfänger, seien als vollbeschäftigt eingetragen worden, sofern sie sich nicht selbst als „arbeitslos“ bezeichneten. Einer Nachprüfung des gesammelten Materials durch den Magistrat oder eine staatliche Behörde stehe nichts im Wege. Stadtrath Fischel habe i. Zt. erklärt, die Arbeitsnoth könne nicht so groß sein, weil es selbst an einem Tage an Leuten zum Schneeschippen gefehlt habe. Demgegenüber wurde festgestellt, daß an dem genannten Tage im Zentralarbeitsnachweis etwa 800 Mann der Beschäftigung harren. Betreffs der nunmehr gegen die Arbeitsnoth zu ergreifenden Maßnahmen empfahl der Ausschuss, die bisher unbeantwortet gebliebene Resolution der Arbeitslosenversammlungen vom 13. November v. J. den zuständigen Behörden abermals einzulenden oder durch eine Deputation überreichen zu lassen. Nach längerer Debatte wurde der Ausschuss beauftragt, eine neue Eingabe an die städtischen und staatlichen Behörden zu richten, in der um Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten, wie um Gewährung von Subventionen für die Gewerkschaften zum Zwecke der Arbeitslosen-Unterstützung ersucht wird.

## Erbschaft.

Roman von Elise Vehl.

(5. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Lotte ist nicht hübsch, ihre Gesichtsfarbe ist braun, sie hat kleine, graue Augen und eine tief aufgestülpte Nase und breite Badentwögen. Aber ihre drohlige Beweglichkeit und ihre Lebhaftigkeit stehen ihr gut. Wie ein Wirbelwind huscht sie in dem Zimmer umher, wirft den Mantel auf das Sofa, guckt in den Arbeitskorb, der auf der Kommode steht, streicht dem Kinde über die Backen und läßt sich dann in die Sofaecke nieder.

„Sine, du hast ja 'n Hängeboden, gib mir ein Kopfkissen und 'ne Decke — ich habe in meinem Leben schon mal schlechter geschlafen. Was?“

„Nein, Lotte, ich quartiere mich bei Telle ein!“ sagt Henrich.

„Beder — Beder?“ fragt Wasmann, „ich kenne doch keine solche Familie in Wolschagen.“

„Geben Sie sich man auch keine Mühe!“ ruft Lotte. „Die soll'n Sie wohl nich finden. Meine Eltern sind Tagelöhner gewesen und früh gestorben, und mich hat die Gemeinde ausgehan für fünfzig Pfennige die Woche bei Gänsehirtens. Mehr Schläge wie Brod habe ich gekriegt. Aber 'n fiderer Kerl bin ich immer gewesen! Un gesund ist man bei der Beschäftigung geworden. Fröh raus aus'm Bett und den vollen Tag in Gottes freier Luft.“ Sie reißt ihre Arme und dehnt sich mit lagenartiger Geschmeidigkeit. „Un nervös wird man auch nich bei dem Gänsegeckrei und dem Geschnatter. Obwohl die Leute ja jetzt sagen, nämlich besonders die Maler, das hörte mit dazu heutzutage.“

„Und da sind Sie also Jugendbekannte?“ fragt Wasmann.

„Ach was,“ lacht sie. „Sine und Henrich kenne ich von

der Schule — wenn ich reinkam, nämlich denn ich mußte mehr schwänzen, als wie sie mich hinschickten. Un die beiden, na, die sagten auch nur so bei Wege mal guten Tag zu Beders Lotte — die waren ja viel feiner. Fine ihr Vater war doch 'n Bäcker — Henrich, was deiner war, habe ich partu vergessen.“

Der Schneider erhebt sein blaßes Gesicht. „Mein Vater is ein adeliger Kutscher gewesen auf'm Rittergut.“

„Sehn Sie wohl!“ Sie reißt die Handflächen zusammen und senkt den Kopf auf die linke Schulter und blinzelt empor. „Na, und da haben wir uns denn in Berlin zufällig wieder getroffen. Hier kennen wir uns besser; ich bin ja auch mehr 'rauf gekommen inzwischen.“

Wasmann seht sich der Schwaghenden gegenüber. „Wie sind Sie denn nach Berlin gerathen, mein Fräulein?“

„Ganz einfach. Katasterkontrollours nahmen mich als Kindermäddchen mit nach Schlesien, sie brauchten eine, die nich viel Lohn kriegt und weltduum war und sich schubsen ließ. Das war ich ja nun alles. Aber in Görlitz wurde ich schon klüger, und ging mit 'ner Offiziersfamilie nach Berlin. Man lernt doch was bei den Leuten. Dann habe ichs mal als Verkäuferin versucht, zuletzt in einer Farbenhandlung. Da bin ich aber auch nich mehr. Habe noch was Besseres gefunden.“

„Das ist Fine, die versteht es!“ meint der Agent.

„Man hat doch auch seinen Ehrgeiz!“ ruft Lotte. „Das wußten wir noch gar nicht, daß du dich verändert hast; bist ja auch lange nicht hier gewesen,“ sagt Sine.

„Veränderung macht Pfäffler,“ tröllert Lotte und wirft dem Kinde eine Kupfhand zu. „Nach das mal nach, Delschen!“

„Und wenn es dir besser geht, hast du ja gewiß recht gehabt.“

Lotte nestelt an der rothbraunen Wollhuse, die sie trägt.

„Der Mensch will höher, das is mal so. Auf der untersten Leitersprosse bleibt nur der Dumme oder Schwache stehn.“

„Wie du so sprichst,“ sagt verwundert Sine.

„Ja, ja — so ist die Welt.“

„Um! Sie haben auch so was an sich, was sich in die Welt findet. Sie verstehen sie, Fräulein. Und darauf kommt viel an.“ Und Wasmann macht eine feiner Verbeugungen.

„Gegessen hast du noch nicht?“ fragt Sine.

„Nein, ich bin gleich nach dem Krach fort. Wenn ihr ein Stück Brod für mich habt?“

„Mehlsuppe woll'n wir essen.“

Wasmann dreht sich lebhaft herum. „Da thu ich auch mit, Frau Plinke. Das ist nämlich mein Leibgericht.“

„Wenn Sie fortlieb nehmen wollen!“

„Und du nimmst das Kind so lange, Lotte? Delschen geht zu jedem.“

Wie sie so vor der Landsmännin steht und ihr das Kind reichend voll ins Gesicht sieht, sagt sie dann plöblich: „Un ich meine, du müßtest es doch sein.“

„Was denn?“

„Auf dem Wilde — da — am Rollendorplatz, fünf Treppen.“

Lotte fährt ganz erstaunt in die Höhe.

„Wie hast du denn das herausgekriegt?“

„Was? was?“ fragen Plinke und Wasmann zu gleicher Zeit.

„Ich habe doch bei von Gills die Aufwartung und der Maler hat was gemalt, Modell heißt das und ist ein Frauenzimmer —“ sie steht ganz starr vor der Sitzenden. Man sieht die weißen Zähne blühen, als Lotte nun laut lacht.

Tochter des Arbeiters M., weil ihm der Verkehr mit der Lehrerin verboten worden war. Zum Glück gingen beide Schüsse fehl. Darauf richtete der Thäter die Waffe gegen sich, brachte sich aber nur eine Verletzung an Nase und Stirn bei. — Mit einem Baum, auf welchen er zum Zwecke des Wuchens hinaufgeklettert war, stürzte in Wiligrad (Moldenburg) beim Ausroden des Baumes ein 20-jähriger junger Mann auf die Erde. Hierbei wurde er so unglücklich getroffen, daß er nach kurzer Zeit verstarb. — In Schwerrin ertrank am Sonntag im Schweriner See der Seixaner Herr, der beim Schlittschuhlaufen in eine von den Wasservögeln offen gehaltenen Stelle gerieth. — In Warnemünde wurde der Nachtwächter S. als diejenige Person entlarvt, welche seit langer Zeit die gefüllten Brodbeutel entleert. — Das den Chinesen in Tatu abgenommene Torpedoboot wird nach einer Kieler Meldung im April nach beendeter Reparatur zum ersten Male unter dem Befehl des Oberleutnants Tiede in Dienst gestellt. — Die unterschlagene Summe des seitherigen Hahnenstiers Horst vom 2. Bataillon des Füsilierregiments Königin in Flensburg soll sich, neueren Meldungen zufolge, auf über 20 000 Mark, zum größten Theil Kantinengelber, belaufen. — Der Tod der Frau Wagner in Hamburg, über den wir in letzter Nummer berichteten, ist auf einen Unglücksfall zurückzuführen. Die Mordaffäre ist von bürgerlichen Reportern zusammenphantasirt worden. — Aus dem Fenster gestürzt und tödtlich verkehrt ist in Hamburg ein dreijähriger Knabe. — Der Soldat Rosenthal in Altona, der sich einem durchgegangenen Fuhrwerk entgegenwarf, um dasselbe aufzuhalten, wurde hierbei von der Deichsel des Wagens vor die Brust getroffen und aufgespießt, so daß sein Tod sofort eintrat.

**Dömitz.** Ein Nachspiel zum Lenzener Fibschmuggelprozeß fand am 21. Februar vor der Strafkammer in Stendal statt. Angeklagt war der Schiffs-eigner Ernst Gädick aus Tangemünde und dessen Ehefrau wegen Unterschlagung von Schiffsgütern, Hehlerei und verführter Beamtenbestechung. Nach der umfangreichen Beweisaufnahme wurden Beide schuldig befunden. Gädick wurde wegen Unterschlagung von drei Saß Weizen und wegen Zolldefraudation zu neun Monaten Gefängniß und einer kleinen Geldstrafe verurtheilt, seine Ehefrau erhielt wegen verführter Bestechung 50 Mk. Geldstrafe.

**Lübecker Stadttheater.**

Der Kaufmann von Venedig, von W. Shakespeare. Ein klassisches Stück, ein vollendetes, beispielloses Kunstwerk, was willst du noch mehr? Fast hat es den Anschein, als

solten für unseren künftigen Mientempel jene schönen Zeiten mit befehren, da fast jeden Sonnabend unser Theater einen derartigen anheimelnden Anblick bot. Das war damals, als Erdmann-Jesuit noch das Szepter führte und der treffliche Gust. Burckhard ihm assistierte. In jener Zeit waren die Sonnabend-Vorstellungen die besten und sogar für die Direktion auch — einträglichsten. Wir haben es später immer lebhaft beklagt, daß man schließlich davon abgegangen ist, besagte besonders im Interesse des Publikums. Es ist einfach nicht wahr, wenn man immer behauptet: „die klassischen Stücke ziehen nicht mehr, die Menge verlange gebieterisch nach der leichteren Kost der Operette.“ Wir werten Hundert gegen eins, daß, wenn man nur dieselbe Sorgfalt auf die Einrichtung der Werke eines Shakespeares, eines Goethes oder Schillers verwendet, wenn man sie mit derselben Lust und Liebe inszenirt, wie die „kleinen Nidius“ oder „kleinen Lämmchen“ — daß dann der künstlerische und auch materielle Erfolg mindestens eben so groß ist. Leider aber haben wir nur zu häufig die betrübliche Beobachtung machen können, daß man die klassischen Werke sozusagen einfach aus dem Aermel herausschüttelt. Und die Folgen? Nun, das Theater verödet, Shakespeare und die anderen Großen werden vor beschämend leeren Bänken aufgeführt. Wünschen wir, daß es nunmehr wieder besser wird! Die Aufführung am Sonnabend war trotz ihrer vielen Mängel, auf die wir noch zu sprechen werden kommen, schon ein erfreulicher Anlauf dazu. Der „Kaufmann von Venedig“ wurde hier lange nicht aufgeführt. Zum letzten Male haben wir vor Kurzem vom Schauspielhaus in Berlin in der Rolle als Shylock (sprich Schaulock); vor ihm hatte Gustav Burckhard, rühmlichen Andenkens, uns den Juden, der auf seinem Schein besteht, vorgeant, und zwar mit dem nachhaltigsten Erfolge, so daß uns z. B. seine Leistung noch heute so deutlich vor Augen steht, als wäre es erst gestern gewesen. Sonnabend trat unser trefflicher Robin Robert in dieser Rolle auf. Shylock's Charakter läßt mehrere Auffassungen zu. Robin Robert spielte ihn auf den geldgierigen, rachsüchtigen und grausamen Juden hinaus; er betonte mehr den in seinen jüdischen Gefühlen verlegten und deshalb rachsüchtigen Geldjuden, eine Auffassung, die den „Kaufmann von Venedig“ ganz zu Unrecht in den Bereich eines anti-jüdischen Schauspiels gebracht hat. Das allgemeine Menschliche im Shylock Charakter geht dadurch natürlich völlig verloren, Shylock wird lediglich zu einem abstoßenden Juden. Wir sind, offen gesagt, kein Freund einer derartigen Auffassung. Doch müssen wir anerkennen, daß Robin Robert die Rolle wenigstens völlig logisch in seinem Sinne durchführte. Der Erfolg blieb ihm denn auch nicht versagt. Die venezianischen Kaufleute Antonio und Bassanio wurden von Carl Sartory und Conrad Wiene in ansehnlicher Weise dargestellt, wobei nur bedauerlich bleibt, daß das Organ Wiene's noch immer so wenig schwingen ist; ihm ist seine für die ganze Gesellschaft überhaupt nur drei Töne zur Verfügung zu stehen. Als Portia spielte sich Erik Laus, angelehnt vom Stadttheater von Bremen, vor. Wir sagen angelehnt, denn wir glauben nicht recht daran, daß Fel. Laus bereits das einzige Mitspiel der Bremer Bühne war, dazu war ihre Art der Darstellung noch zu anfängerhaft; z. B. die stets umhüllende Bewegung des Kopfes beim Sprechen hätte ihr Erdmann-Jesuit'schen Vorgänger abgesehen, abgesehen von anderem. Ganz zweifellos handelt es sich bei Fel. Laus noch um eine werdende Schauspielerin,

und als solche hat sie des Guten zu viel: eine ansprechende Erscheinung, eine klangreiche Sprache, ein gewisses darstellerisches Talent. Wenn sie in tüchtige Hände gelangt, kann sie vielleicht noch sehr gut werden. Shylock's Tochter, Jessica, gab Ellen Jentz; obwohl ihrem leidenschaftlichen Temperament solche Rollen nicht gerade liegen (warum hat man nicht Fel. Barwick die Jessica anvertraut?), fand sie sich doch mit demselben „Den Prinzen von Marokko, einen der Freier Portia's, „besten“ Toni Zimmerer; wir haben anerkennend das Wort „besten“ gewählt, weil es der Wahrheit am nächsten kommt. Eine derartig gefühlvolle Aussprache, die sich anhöre wie das Knurren des gefangenen Löwen hinter dem Gittergitter, war wirklich nicht nöthig; sie wirkte geradezu abstoßend. Weit schlimmer noch lag die Sache bei Willy Kruse, der den eitlen Prinzen von Aragon spielte; er „schwamm“, deutlicher noch; er beherrschte den Text nicht, jedoch ein zeitweilig große Verlegenheitspausen ein. Das sollte doch nicht vorkommen, am wenigsten bei Fremden, dessen Darstellung recht leberig ist. Wofür hat man als Marissa genügt, wenn sie auch noch lange nicht an die Leistung heranreichte, die z. B. Gertrud Währ in dieser Rolle bei Charles Michany übertrieb als Lancelot; auch Julius Seidler, der Lancelot's Vater spielte, näherte sich bedenklich den Grenzen, wo die Komik verlegend wirkt. Die übrigen, nicht genannten Personen trugen ihr Bestmögliches zum Gelingen des Ganzen bei. Gegen die Regie vermissen wir mehrfach Anwendungen erheben; so war z. B. die Gertrud'sche völlig unglücklich. Der Dage und seine Begleiter hockten da wie chinesische Mandarinen in roten Roben, und dann die Anordnung: in welchem Gerichtssaal ist es wohl zu erlauben, daß sich die Verteidiger direkt vor dem Gerichtshof hinbreiten? Auch der Karneval ließ zu wünschen übrig; in „Charles's Tante“ würde man solche Späße allenfalls noch brauchen, aber nicht in einem Werke des großen William. Sollte es übrigens damals wirklich schon Konfetti und Papierfliegen gegeben haben? Wir möchten nicht noch ausführlicher werden und wollen es deshalb nur bei diesen Ausstellungen lassen; hoffentlich sorgt man für Abstellung dieser offenbaren Mängel, wenn man das Schauspiel wiederholt. Vielleicht läßt man dann auch Sartory den Shylock spielen. Wir wären sehr begierig, diesen jungen Künstler einmal als Shylock zu sehen.

**Literarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez' Verlag) ist soeben das 21. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ueber den Absolutismus. — Victor Hugo. Von Franz Dieberich-Bremen. — Die Situation der sozialistischen Bewegung in Frankreich. Von Jean Longuet. — Die Krise in Rußland. Von F. Karst. — Die Gründungstätigkeit im Jahre 1901. Von Dionis Zimmer. — Splitter. — Literarische Rundschau: Heinrich v. Schell, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Dr. M. Nettlau, Michael Basmin. Dr. F. Goldstein, Die Gewerbefreiheit und ihre Licht- und Schattenseiten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

**Henni Schacht**  
Karl Ebert, Reichslichwied  
Büchse.

**Verspätet**  
Für die Teilnahme bei der Beerbigung meines Mannes sowie für die Kranzgebenden und die trostreichen Worte des Herrn Pastor Henkel am Sarge des Entschlafenen sage hiermit meinen anerkennenden Dank.

**Frau Fiencke Wwe.**  
Ein Logis für 2 junge Leute  
Gr. Viehan 4.

**Am 1. April eine Wohnung**  
Preis 200 Mk. Brüderstraße 9a.  
Zu vermieten eine Wohnung mit drei Zimmern und Zubehör zum 1. April, Preis 215 Mark.  
Zu erfragen in der Gröb d. Hl.

**Zu verm. ein gut möbl. Zimmer**  
bei einer älteren alleinlebenden Wittwe  
Schützenstraße 55a.

**Umstände halber zu sofort oder 1. April eine Wohnung, 2 Stuben, Küche, Keller, Wasser, Boden, Preis 140 Mk., zu vermieten**  
Heinrichstraße 13b.

**Zu verm. 2. St., 3 Zimm. u. Zubeh.**  
Steinstraße 3a

**Durch Zufall eine Wohnung**  
zum 1. April an einzelne Leute zu vermieten  
Gneisenstraße 12.

**Ein hübscher Masten-Anzug**  
zu verkaufen oder zu vermieten  
Lübenstraße 11.

**Zu kaufen gesucht ein Feder Damm und ein Stalcker-Schuh.**  
Offert mit Preisangabe unter S A 55 an die Gröb d. Hl.

**Ein gebrauchter Regulirofen**  
zu kaufen gesucht  
Brüderstraße 29b.

**Sollig zu verkaufen ein Schmelzofen, eine Sägelampe, ein Rader-Klappstuhl**  
Hollstraße 21.

**Für Dienstboten!**  
**Zwei neue Kommoden, 15 Mark,**  
zu verkaufen  
Kaiserstraße 21.

**Ein großer Tisch, 100X160 Ctm., für 8 Mark und ein großer eisener Koffer zu verkaufen**  
Hörstraße 55

**Ein Parthie neue Kleider**  
zu verkaufen  
Schützenstraße 52.

**5 Meter gutes Brennholz**  
hat billig abgegeben  
Janssen, Schützenstraße 16

**Hochfeine Margarine!**  
**Special-Marke „Natur.“**  
An Qualität unübertroffen! Bräunt wie beste Naturbutter!  
Fabrikanten: **Klatt & Dittmann, Altona-Ottensen,**  
ist erhältlich in folgenden Geschäften:

H. L. Wiegels, Fischergarben (vorm. J. C. Bunge)	L. M. Puls, Hanfsackstraße.
H. Wiedow, Engelsgrube.	Heinr. Levermann, Klappenstraße.
Gustav Herrmann, Balauerstraße.	Carl Gühler, Westhofstraße.
Aug. Paetow, Riegelstraße.	Carl Will, Sedanstraße.
Joh. H. Fick, Bahnhofsstraße.	H. J. Hannemann, Karpenstraße.
H. Waedow, Banhof.	Carl D. Dirkop, Steinradweg.
Johs. Holst, Dannewitzgrube.	Emil Tetzlaff, Brodesstraße.
Wilhelm Bollow, Ludwigstraße.	Wilh. Schnell, Sedanstraße.

Weitere Verkaufsstellen werden errichtet durch den Vertreter:  
**Leopold Dose, Lübeck, Breitenstraße 3, Fernsprecher 811.**

**Sozialdemokratischer Verein**  
Großer wissenschaftlicher  
**Experimental-Vortrag**  
von **H. Wempe**, Privatgelehrter aus Oldenburg i. Gr.  
über:  
**Die neuesten Ergebnisse der elektrischen Forschung am 3. und 4. März 1902**  
im grossen Saale des Vereinshauses, Johannisstr. 50/52.

**3. März:** Elektrische Wellen und Strahlen, periphere Beträge, optische Analogie elektrischer Strahlen, Telegraphie ohne Draht, lichtelektrische Telegraphie u. Grundversuche des elektrischen Fernsehens.  
**4. März:** Über hochfrequente Wechselströme, Tesla'sche und Tesla's Licht der Zukunft, Vacuum-Ercheinungen, Röntgenstrahlen, deren Anwendung und geschichtliche Entwicklung, experimentell dargestellt (Berichte von Hülser, Hiltorf, Crookes u. a. im Zusammenhang), irreführende Materie.  
**Preis 20 Pfg.** **Anfang beide Abende 8 1/2 Uhr.**

Karten sind zu haben: Im „Vereinshaus“, Johannisstr. 50/52, bei C. Wittfoot, Hüfstr. 18, F. Lecke, Leberstr. 3, H. Boysen, Böttcherstr. 18, L. Puls, Gr. Burgstr. 11, Wilh. Menschel, Unterstraße 53, in der Gröb des „Vollboten“ und bei sämtlichen Vorstandsmitglieder u. Districtsführern.  
Die Karten sind nur für einen Abend gültig.  
**Der Vorstand.**

**Banzeichnungen**  
fertig an  
**H. Steinfass, Göringstraße 23.**

**Ein guterhaltener Kinderwagen**  
billig zu verkaufen  
Friedrichstraße 55, part.

**Ein guterh. rothbrauner Garnitur**  
billig zu verkaufen  
Klosterstraße 6b, 1.

**Visit-Karten**  
auf 8. Elfenbeinkarton  
per 100 Stück von 1 Mk. an.  
**Die Druckerei des Ldb. Volksboten.**

**Ia.**  
**Magdeburg. Sauerkohl**  
per Pfd. 5 Pfg. empfiehlt  
**Reinh. Büsen**  
Arminstraße 1a.

**Apfelsinen**  
schöne reife Frucht, per Stück 5 Pfg. empfiehlt  
**Reinh. Büsen**  
Arminstraße 1a.

**Als billige und gute Einkaufsquelle**  
von **Essig, Essigsprit, Heringen, Salzgurken, Sauerkohl, Anchovis, Käse u. s. w.**  
können wir  
**H. L. Wiegels**  
vorm. J. C. Bunge  
61 Fischergarben 61 empfehlen  
Sehr schöne gutbrechende  
**weiße Langbohnen**  
per Pfd. 14 Pfg., 5 Pfd. 65 Pfg.  
empfiehlt  
**Reinh. Büsen**  
Arminstraße 1a.

**Central-Verband**  
der **Fleischer Deutschlands.**  
(Büchse Lübeck)  
Einladung zum  
**Kappenfest u. Ball**  
am Sonntag den 2. März 1902  
in Schneider's Gesellschaftshaus, Johannisstr.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 60 Pfg., Damen frei.  
**Das Comitee.**

**Stadt-Theater.**  
Mittwoch den 26. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
123. Abon.-Vorst. 149. Vorst. 21. Mittwöchs-Ab.  
**Die Verdammten.**  
Schauspiel in 1 Akt von Hans v. Gumppenberg  
**Die Zeche.**  
Schauspiel in 1 Akt von Ludwig Fulda.  
**In Civil.**  
Schwanke in 1 Akt von Gustav Kadelburg.  
Donnerstag den 27. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
124. Abon.-Vorst. 150. Vorst. 20. Donnerstags-Ab.  
2. und letztes Gastspiel von  
**Maria Brüning aus Dresden**  
**Die Fledermaus.**  
Festspiel — Marie Brüning.  
Freitag den 28. Februar Anfang 7 1/2 Uhr.  
Zum 1. Male in Lübeck.  
Neuheit! Neuheit!  
**Das ewig Weibliche.**  
Pantomime in 4 Akten von Robert Mich.

## Der Außenhandel Deutschlands.

Die vorläufigen, in den monatlichen Nachweisen publizierten Zahlen ergeben für die Ausfuhr im Jahre 1901 einen Werth von 4759 Millionen Mark, für die Einfuhr 5967 Millionen. Im letzten Jahrzehnt nahm somit die Entwicklung folgenden Verlauf:

Jahr	Einfuhr in Millionen Mark	Ausfuhr in Millionen Mark
1892	4403	3150
1893	4227	3245
1894	4134	3052
1895	4285	3424
1896	4558	3754
1897	4865	3786
1898	5480	4010
1899	5784	4868
1900	6043	4753
1901	5967	4759

Von 1892 bis 1895 einschließlich ergibt sich für die Einfuhr eine Periode der Stagnation; 1896 setzt der Aufschwung ein, der Werth der eingeführten Waaren steigt in schnellen Sätzen, das Krisenjahr 1901 bringt bereits einen fühlbaren Rückgang, um 76 Millionen Mark. Etwas anders gestaltet sich das Bild bei der Ausfuhr. Die Entwicklung ist hier etwas stetiger: Das Jahr 1893, das eine verminderte Einfuhr brachte, hatte eine im Vergleich zum Vorjahr größere Ausfuhr; desto fühlbarer war der Rückgang 1894 — um nahezu 200 Millionen Mark; dann aber steigt die Ausfuhr ununterbrochen, aber nicht so schnell wie die Einfuhr.

Diese allgemeinen Ziffern kennzeichnen jedoch die Lage nicht genügend. Ziehen wir vorerst die Ausfuhr in Betracht. Hier finden wir für 1901 vor allem ein gewaltiges Steigen der Ausfuhr an Eisen und Eisenwaaren: 1899 waren es 424, 1900 480, 1901 607 Millionen Mark. Wir haben wiederholt auf diese Erscheinung hingewiesen und gezeigt, daß diese vergrößerte Ausfuhr keineswegs auf rationelle Handelsbeziehungen zurückzuführen ist, sondern auf die Handelspolitik, die nur durch das Bestehen der gewaltigen Unternehmerverbände der Eisenindustrie möglich ist. Es wurde Eisen ausgeführt, nicht weil die Nachfrage im Ausland stieg, sondern weil die Nachfrage im Inlande sank; um den Inlandspreis zu halten, um den deutschen Markt zu entlasten, wurde Eisen zu Schleuderpreisen ins Ausland geschafft. Es handelt sich hierbei um eine Steigerung der Ausfuhr gegen das Vorjahr um 127 Millionen Mark. Ohne diese Operation, die so zu sagen einen Zwangsverkauf darstellt, würde sich also die Gesamtsumme wesentlich anders darstellen. Ähnlich steht es mit Steinkohlen. 1897 wurden Kohlen im Werthe von 133 Millionen Mark ausgeführt, 1898 160, 1899 233, 1900 283, 1901 279 Millionen Mark. Jedenfalls keine „gesunde Entwicklung“; aber das Ziel ist erreicht: infolge der gewaltigen Ausfuhr bleiben die Wucherpreise auf dem inneren Markte bestehen.

Ungemein charakteristisch dagegen ist der Rückgang in der Ausfuhr von Baumwollwaaren und Maschinen: Der Werth der letzteren war 1900 auf 315 Millionen Mark gestiegen, 1901 ist er auf 294 Millionen Mark zurückgegangen; der Werth der ausgeführten Baumwollwaaren war 1900 321 Millionen, 1901 301 Millionen. Derartige Zahlen beweisen, daß, entgegen allen Behauptungen, die gegenwärtige Krise allgemein ist, daß die Absatzstörung sich international äußert. Nur aus dem Zusammenbruch der Industrie in Ausland, der Stodung in Frankreich und in den überseeischen Ländern läßt sich der Rückgang der Maschinenausfuhr erklären. Dabei ist zu bemerken, daß gerade die deutsche Maschinenindustrie in der Periode des Aufschwunges sich in geradezu erstaunlichem Tempo entwickelt hat.

Uebersieht man die Ausfuhrziffern, so kann gar kein Zweifel bestehen, daß die hochentwickelte deutsche Industrie unter allen Umständen auf gute Handelsbeziehungen an-

gewiesen und in immer steigendem Maße am Freihandel interessiert ist. Sie wird in der Zukunft auf alle Fälle von dem Auf- und Absteigen der Konjunktur des Weltmarktes beeinflusst, wenn aber die Regierung es fertig bringt, Zollkriege anzuzetteln, so werden die Folgen sich fürchterlich fühlbar machen. Den Monopolisten, den in Syndikaten zusammengeschlossenen Waarenwucherern freilich, kommt es nur darauf an, den inländischen Konsumenten zu schröpfen, ihnen ist mit hohen Zöllen gedient, die Industrie als Ganzes wird durch einen Zolltarif, wie der jetzt zur Berathung stehende, auf's ernstlichste gefährdet.

Wie thöricht es ist, bei der jetzigen Lage der deutschen Volkswirtschaft Zollkriege zu provozieren, oder auch nur dem Auslande Anlaß zu einer Erhöhung der Zölle auf deutsche Waaren zu geben, zeigen z. B. folgende Zahlen: Die hochentwickelte Lederindustrie exportirte 1899 Lederwaaren im Werthe von 166 Millionen Mark, 1900 152 Millionen Mark, 1901 132; also ein Rückgang infolge der verschärften Konkurrenz und infolge des Umschwunges der Konjunktur. Nun muß aber diese Industrie ihr Rohmaterial zum beträchtlichen Theile aus dem Auslande beziehen. Die Einfuhr an Häuten wurde 1899 auf 187 Millionen Mark beziffert, 1900 auf 224 Millionen Mark und 1901 auf 218 Millionen Mark, diese Einfuhr ist also nur um ein geringes zurückgegangen, trotz des fühlbaren Rückganges beim Export. Das beweist also klar und deutlich, daß diese Industrie auf den Import der Häute angewiesen ist, ihn nicht entbehren kann, daß sie an billigen Preise dieses Rohmaterials interessiert sein muß. Und was thut nun Graf Posadowsky: er will den Zoll für Häute von 18 auf 30 Mk. pro Doppelzentner erhöhen, ebenso den Zoll für Gerbstoffe, und auch der Zoll für Leder soll ganz gewaltig gesteigert werden — bisher 18 bis 36 Mark, im Entwurfe 30 bis 80 Mark! Dafür soll dann der einheimischen Industrie ausgiebiger Schutz gewährt werden: Schuhe sollen mit 120 bis 180 Mk. statt mit 50—70 Mk. verzollt werden, Handschuhe mit 200 statt mit 100 Mk. usw. Aber diese Industrie bedarf dieses Schutzes gar nicht, weil die Einfuhr durchaus unbedeutend ist. Die Folge aber wird sein: das Ausland wird sich für den Zoll auf Häute usw. revanchiren, indem es die Zölle auf deutsche Lederwaaren erhöht, den deutschen Exporteuren aber wird das Geschäft erschwert, indem die Rohstoffe und Halbmaterialien verteuert werden. Es wird daher im Auslande die Lederwaaren-Industrie künstlich gefördert werden und dabei werden gerade die deutschen Fabrikanten ohne langes Besinnen ihre Betriebe ins Ausland verlegen. Dies ein Beispiel für Viele.

## Soziales und Parteiliches.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Zahl der ausgesperrten Weber in Greiz ist nunmehr durch die Kommission festgestellt. Es kommen im Ganzen 2103 Personen in Betracht. Darunter sind 1165 männliche und 938 weibliche Personen. Verheirathet sind 1274, die zusammen 2766 Kinder zu ernähren haben. Es ist zu bemerken, daß eine Anzahl bereits anderweit Arbeit erhalten, ein Theil abgereist und ein weiterer Theil sich nicht angemeldet hat, die also der Zahl der Aussperrten zugezählt werden müssen. Organisiert sind ca. 1000 Personen. Dieselben erhalten Unterstützung vom Verband, während die übrigen durch freiwillige Zuwendungen unterstützt werden müssen.

**Eine Spiegelfabrik auf genossenschaftlicher Grundlage** soll in Fürth errichtet werden. Eine Anzahl Rahmenschreiner, die der ewigen Pladereien und Lohnreduktionen durch die Unternehmer müde sind, sind mit kapitalkräftigen Kaufleuten in Verbindung getreten, um ein passendes Etablissement zu erwerben und genossenschaftlich zu betreiben. Es sollen darin alle Arten Spiegelrahmen hergestellt werden. In Aussicht genommen ist die Beschäftigung von 200 bis 300 Arbeitern. Die Arbeitszeit soll 54 Stunden betragen. — In der Spiegelschleifereibranche in Fürth giebt

es wieder überall Differenzen. Die Unternehmer wollen die Krise benutzen, um mit Lohnfürzungen vorzugehen. In einem größeren Betriebe haben bereits sämtliche Arbeiter aus diesem Grunde die Arbeit niedergelegt. Da von den ca. 500 Glaschleifern in Nürnberg-Fürth über 450 organisiert sind, wird das Bestreben der Unternehmer erfolglos sein, nur muß der Bezug von auswärts streng vermieden werden.

**Der Triumph des Arbeitswilligen.** Am Rathhausneubau zu Leipzig fing im Dezember vorigen Jahres ein Maurer an zu arbeiten, der den Uebrigen als „Arbeitswilliger“ bei einem früheren Streik bekannt war. Ein Maurer Dr. Meidete seinen Unmuth über den Charakter und die Thätigkeit des „Arbeitswilligen“ in etwas drastische Worte. Das Gericht hielt eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen für eine angemessene Sühne für diese Schandthat. Außerdem ordnete es an, daß das Urtheil 8 Tage lang auf Kosten des Verurtheilten — am Rathhausneubau auszuhängen sei.

**Eine Gewerkschaft nach der andern** tritt der Arbeitslosen-Unterstützung durch die Gewerkschaften näher. Auf dem gegenwärtig tagenden Steinseher-Verbandstage wurde beschlossen: auf dem nächsten Verbandstage den Antrag auf Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung auf die Tagesordnung zu setzen und den Zentralvorstand zu beauftragen, das nöthige Material zu unterbreiten.

**Eine eigenartige Resolution** haben die organisierten Brauer Erfurts gegen den Genossen Henning, Redakteur der „Erfurter Tribüne“ losgelassen. Sie lautet: „Die am 8. Februar tagende Mitglieder-Versammlung der Brauer und Berufsangehörigen ersucht die Pressekommision, den Redakteur Henning darauf zu verweisen, die „Tribüne“ nicht als Zummelplatz seiner Anschauungen betreffs Alkoholfragen zu benutzen.“ — Wahrscheinlich glauben die biederen Brauer, daß durch die Propaganda des Gen. Henning für das Abstinenzlerthum ihr Gewerbe geschädigt werden könne. Uebrigens ein etwas eigenartiger Standpunkt für organisierte, aufgeklärte Arbeiter.

**Die diesjährige Landesversammlung** der sozialdemokratischen Partei Sachsen findet am 1. und 2. April in der „Goldnen Weintraube“ zu Meissen-Eßln statt.

**Einen Bericht über die Arbeitslosenzählung** in Berlin erstattete am Donnerstag der Gewerkschaftssekretär Körber in der Berliner Gewerkschaftskommission. Es haben nicht weniger als 12000 Personen, darunter 8776 Gewerkschaftsmitglieder, an der Zählung mitgeholfen. Angerufen ist das Interesse, das das Berliner Publikum der Sache entgegengebracht habe. Die Ausstellungen gegenüber der Zählung seien meist unbegründet. Doppelzählungen seien durch geeignete Maßnahmen vermieden. Arbeiter, die bloß am Zähltag auszuhehen mußten, bezüglichen die Rentenempfänger, seien als vollbeschäftigt eingetragen worden, sofern sie sich nicht selbst als „arbeitslos“ bezeichneten. Einer Nachprüfung des gesammelten Materials durch den Magistrat oder eine staatliche Behörde stehe nichts im Wege. Stadtrath Fischbeck habe i. Zt. erklärt, die Arbeitsnoth könne nicht so groß sein, weil es selbst an einem Tage an Leuten zum Schneeschippen gefehlt habe. Demgegenüber wurde festgestellt, daß an dem genannten Tage im Zentralarbeitsnachweis etwa 800 Mann der Beschäftigung harren. Betreffs der nunmehr gegen die Arbeitsnoth zu ergreifenden Maßnahmen empfahl der Ausschuss, die bisher unbeantwortet gebliebene Resolution der Arbeitslosenversammlungen vom 13. November v. J. den zuständigen Behörden abermals einzulenden oder durch eine Deputation überreichen zu lassen. Nach längerer Debatte wurde der Ausschuss beauftragt, eine neue Eingabe an die städtischen und staatlichen Behörden zu richten, in der um Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten, wie um Gewährung von Subventionen für die Gewerkschaften zum Zwecke der Arbeitslosen-Unterstützung ersucht wird.

## Erbschaft.

Roman von Elise Vehl.

(5. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Lotte ist nicht hübsch, ihre Gesichtsfarbe ist braun, sie hat kleine, graue Augen und eine tief aufgestülpte Nase und breite Badenochen. Aber ihre drocklige Beweglichkeit und ihre Lebhaftigkeit stehen ihr gut. Wie ein Wirbelwind huscht sie in dem Zimmer umher, wirft den Mantel auf das Sofa, guckt in den Arbeitskorb, der auf der Kommode steht, streicht dem Kinde über die Backen und läßt sich dann in die Sofacecke nieder.

„Sine, du hast ja 'n Hängeboden, gib mir ein Kopfkissen und 'ne Decke — ich habe in meinem Leben schon mal schlechter geschlafen. Was?“

„Mein, Lotte, ich quartiere mich bei Telle ein!“ sagt Henrich.

„Beder — Beder?“ fragt Wafmann, „ich kenne doch keine solche Familie in Wolschagen.“

„Geben Sie sich man auch keine Mühe!“ ruft Lotte. „Die soll'n Sie wohl nich finden. Meine Eltern sind Tagelöhner gewesen und früh gestorben, und mich hat die Gemeinde ausgeguthen für fünfzig Pfennige die Woche bei Gänsehirtens. Mehr Schläge wie Brod habe ich gekriegt. Aber 'n fiderer Kerl bin ich immer gewesen! Un gesund ist man bei der Beschäftigung geworden. Fröh raus aus'm Bett und den vollen Tag in Gottes freier Luft.“ Sie reißt ihre Arme und dehnt sich mit kagenartiger Geschmeidigkeit. „Un nervös wird man auch nich bei dem Gänsegeschrei und dem Geschnatter. Obwohl die Leute ja jetzt sagen, nämlich besonders die Maler, das hörte mit dazu heutzutage.“

„Und da sind Sie also Jugendbekannte?“ fragt Wafmann.

„Ach was,“ lacht sie. „Sine und Henrich kenne ich von

der Schule — wenn ich reinkam, nämlich denn ich mußte mehr schwänzen, als wie sie mich hinstickten. Un die beiden, na, die sagten auch nur so bei Wege mal guten Tag zu Beders Lotte — die waren ja viel feiner. Fine ihr Vater war doch 'n Bäcker — Henrich, was deiner war, habe ich partu vergessen.“

Der Schneider erhebt sein blaßes Gesicht. „Mein Vater is ein adeliger Kutscher gewesen auf'm Rittergut.“

„Sehn Sie wohl!“ Sie reißt die Handflächen zusammen und senkt den Kopf auf die linke Schulter und blinzelt empor. „Na, und da haben wir uns denn in Berlin zufällig wieder getroffen. Hier kennen wir uns besser; ich bin ja auch mehr 'rauf gekommen inzwischen.“

Wafmann seht sich der Schwängenden gegenüber. „Wie sind Sie denn nach Berlin gerathen, mein Fräulein?“

„Ganz einfach. Katasterkontrollours nahmen mich als Kindermädchen mit nach Schlesien, sie brauchten eine, die nich viel Lohn kriegte und weltduum war und sich schublen ließ. Das war ich ja nun alles. Aber in Görlitz wurde ich schon klüger, und ging mit 'ner Offiziersfamilie nach Berlin. Man lernt doch was bei den Leuten. Dann habe ichs mal als Verkäuferin versucht, zuletzt in einer Farbenhandlung. Da bin ich aber auch nich mehr. Habe noch was Besseres gefunden.“

„Das ist Sine, die versteht es!“ meint der Agent.

„Man hat doch auch seinen Ehrgeiz!“ ruft Lotte. „Das mußten wir noch gar nicht, daß du dich verändert hast; bist ja auch lange nicht hier gewesen,“ sagt Sine.

„Veränderung macht Pfläfer,“ trällert Lotte und wirft dem Kinde eine Kusshand zu. „Nach das mal nach, Delchen!“

„Und wenn es dir besser geht, hast du ja gewiß recht gehabt.“

Lotte nestelt an der rothbraunen Wollkuse, die sie trägt.

„Der Mensch will höher, das is mal so. Auf der untersten Leitersprosse bleibt nun der Dumme oder Schwache stehen.“

„Wie du so sprichst,“ sagt verwundert Sine.

„Ja, ja — so ist die Welt.“

„Um! Sie haben auch so was an sich, was sich in die Welt findet. Sie verstehen sie, Fräulein. Und darauf kommt viel an.“ Und Wafmann macht eine feiner Verbeugungen.

„Gegessen hast du noch nicht?“ fragt Sine.

„Nein, ich bin gleich nach dem Krach fort. Wenn ihr ein Stück Brod für mich habt?“

„Mehlsuppe woll'n wir essen.“

Wafmann dreht sich lebhaft herum. „Da thu ich auch mit, Frau Plinke. Das ist nämlich mein Leibgericht.“

„Wenn Sie fortlieb nehmen wollen!“

„Und du nimmst das Kind so lange, Lotte? Delchen geht zu jedem.“

Wie sie so vor der Landsmännin steht und ihr das Kind reichend voll ins Gesicht sieht, sagt sie dann plötzlich: „Und ich meine, du müßtst es doch sein.“

„Was denn?“

„Auf dem Bilde — da — am Rollendorplatz, fünf Treppen.“

Lotte fährt ganz erstaunt in die Höhe.

„Wie hast du denn das herausgetriegt?“

„Was? was?“ fragen Plinke und Wafmann zu gleicher Zeit.

„Ich habe doch bei von Sills die Aufwartung und der Maler hat was gemalt, Modell heißt das und ist ein Frauenzimmer —“ sie steht ganz starr vor der Sitzenden. Man sieht die weißen Zähne blitzen, als Lotte nun laut lacht.

Ein neues Arbeiterinnen-Gesetz in der Schweiz. Dem Großen Rathe (Landtage) des Kantons Argau liegt gegenwärtig der Entwurf zu einem kantonalen Arbeiterinnen-Gesetz vor. Danach soll sich das Gesetz erstrecken auf alle dem eigentümlichen Fabrikgesetz nicht unterstellten gewerblichen Betriebe, in denen eine oder mehrere weibliche Personen als Arbeiterinnen oder Lehrlöcher beschäftigt sind, auch wenn sie im Hause des Geschäftsinhabers wohnen und Wohnung haben. Mädchen im schulpflichtigen Alter, d. h. unter 14 Jahren, dürfen weder als Arbeiterinnen noch als Lehrlöcher eingestellt werden. Die Dauer der täglichen Arbeitszeit beträgt 10, an den Vorabenden von Sonntag und Festtagen 9 Stunden. Die Arbeit an Son- und Festtagen ist untersagt. In Ausnahmefällen kann von den Behörden Ueberzeitarbeit bewilligt werden. Die gegenfällige Kündigungssfrist beträgt 14 Tage, die Lohnzahlung hat spätestens alle 14 Tage zu erfolgen. Die Arbeitsräume sind verschiedenen sanitären Vorschriften unterworfen. Bei Anstellung von Lehrlöchern ist ein schriftlicher Lehrvertrag abzuschließen. Für die weiblichen Angestellten in Ladengeschäften wird bestimmt, daß ihnen eine ununterbrochene Nachtruhe von mindestens 10 Stunden zu sichern ist. Das Wirtschaftspersonal kann zur Bedienung der Gäste bis Abends zur Polizeistunde beschäftigt werden, bei Freinächten auch darüber hinaus. In allen Fällen ist den Bediensteten eine Nachtruhe von mindestens 8 Stunden zu gewähren. Mädchen unter 18 Jahren dürfen, wenn sie nicht zu der Familie des Wirtes gehören, nicht zur Bedienung der Gäste verwendet werden. Weiblichen Angestellten in Ladengeschäften und im Wirtschaftsgewerbe soll monatlich mindestens ein Sonntag freigegeben werden — warum dem Ladenpersonal nicht jeder Sonntag, da ja der Schluß der Geschäfte angeordnet werden kann, ist nicht recht einzusehen. Uebertretungen des Gesetzes werden mit Geldbußen bis zu 200 Franken und mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. — So begründenswerth der den Arbeiterinnen und Lehrlöchern in den gewerblichen Betrieben gewährte Schutz, so unzulänglich sind die Bestimmungen zum Schutze der Angestellten in Ladengeschäften und im Wirtschaftsgewerbe, so daß man darin nicht mehr als einen schüchternen Anfang erblicken kann.

Internationaler Arbeitsmarkt. Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ schreibt: Der ungleichmäßige Gang der diesmaligen wirtschaftlichen Krisis drückt sich deutlich in der abweichenden Lage des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Industrielländern aus. Während in England der Januar im Vergleich zum Dezember eine kleine Besserung zeigte und der Prozentsatz der Arbeitslosen von 4,6 auf 4,4 pSt. zurückging, ist in Frankreich die Zahl der Unbeschäftigten von 10 auf 13 pSt. gestiegen. So ist die neueste Verschlechterung in der Lage des Arbeitsmarktes in Frankreich erheblich stärker als in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die allerdings vorher die schwersten Schläge auszuweisen hatten. Fortgesetzt günstig ist die Lage des Arbeitsmarktes in den Vereinigten Staaten, obwohl die Aussicht auf größere Arbeiterausstände eine gewisse Unruhe erzeugt hat. In dieser verchiedenartigen Gestaltung des Arbeitsmarktes trug in erster Linie die Entwicklung des Bergbaus in den einzelnen Ländern bei. In Deutschland hat der Kohlenmarkt eine solche Wendung erfahren, daß die Bechen ihre Förderung nicht mehr in dem bisherigen Umfange aufrecht erhalten können, vielmehr zu Entlassungen und zu einer Häufung der Feierschichten schreiten müssen. Noch nachtheiliger haben in Frankreich die Witterungsverhältnisse im Dezember und Januar auf das Kohlegeschäft eingewirkt. Die Lager füllten sich und die Gruben waren genöthigt, die Produktion einzuschränken, indem man entweder wöchentlich einen Arbeitstag ausfallen ließ oder die Dauer der einzelnen Schicht kürzte. Namentlich machte sich in Frankreich die Konkurrenz Belgiens und Englands scharf fühlbar. Während Belgien bis gegen Ende 1901 seine Ausfuhr nach Frankreich stark eingeschränkt hatte, wirt es nunmehr wieder große Mengen zu sehr billigen Preisen auf den französischen Markt, um den eigenen Inlandmarkt zu entlasten. In England selbst hat der Januar im Vergleich mit dem Vorjahre eine Zunahme der Beschäftigung in den Gruben und damit auch eine solche der Förderung gebracht. England hatte seit längerer Zeit rauhe Witterung; dies hat dort den Abzug beieit, namentlich in Hausbrandkohlen. Eine Herabsetzung der Bergarbeitelöhne um 2 1/2 pSt. im Bezirk Rommingtonshire und Südwales, wo 59062 Arbeiter beschäftigt sind, wirkte als Anreiz zur Bergförderung der Förderung mit. Denn die Bergleute bemühten sich, ihre Einkünfte trotz Herabminderung der Löhne auf der alten Höhe zu erhalten. In den Vereinigten Staaten ist freilich die Beschäftigung weit besser als

in allen europäischen Industrieländern. Zwar schicken sich dort die Bergleute an, Lohnforderungen von erheblicher Tragweite für den gesammten Arbeitsmarkt geltend zu machen. So verlangen die Minerarbeiter von Illinois eine Lohnerhöhung von 10 pSt., die Anthracit-Grubenarbeiter den Achtstundentag und eine Mindestlohnskala. Man hofft aber, daß die Arbeiter von einem Lohnkampfe absehen werden, und findet für diese Annahme einen Grund in der Thatsache, daß die Arbeiter der Koksindustrie sich schon entschlossen haben, auf Grund der alten Lohnsätze weiter zu arbeiten zu wollen. Im Vergleich zum Bergbau zeigt sich der Arbeitsmarkt der übrigen Gewerbe weit weniger verändert. In der Industrie der Metalle und Maschinen macht sich nur in Belgien eine Zunahme der Rohmaterialproduktion bemerkbar, indem zwei Hochöfen in Couillet angeblasen wurden; in den Vereinigten Staaten ist der Bedarf noch immer stärker als die Erzeugung, obwohl nicht sicher ist, ob bei den langfristigen Bestellungen der thatsächliche spätere Verbrauch auch vorhanden sein wird. Im Textilgewerbe hält die Besserung nach wie vor an. Unter den Arbeitern dieses Gewerbes machen sich lebhafteste Lohnbewegungen geltend, die zu zahlreichen Ausständen in Deutschland, England und Frankreich geführt haben. Allein in England begannen im Januar 13 Streiks der Textilarbeiter mit 3772 Theilnehmern.

### Aus Wuth und Fern

Kleine Chronik. Das Schwurgericht in König verurtheilte den Maurer August Stemborn, der seine um 23 Jahre ältere Frau ermordet hatte, zum Tode. — Ein bedauerlicher Vorfall ereignete sich auf dem Gute Schitarrömen (Ostpreußen). Der Schweizer des Gutes gerieth mit dem Gutsbesitzer in Streit, in dessen Verlauf er ein eigenes Fehnpfundgewicht ergriff und damit auf seinen Herrn einschlug. Der Gutsbesitzer nahm darauf eine ihm zur Hand liegende Getreidekeule und versetzte seinem Angreifer damit einen wuchtigen Schlag auf den Kopf. Der Betroffene verstarb bald darauf. Der Gutsbesitzer stellte sich sofort der Polizei, wurde aber bald wieder freigelassen. — Der Bahnhof der Samlandbahn in Königsberg ist gänzlich abgebrannt. Die Post und Werthgegenstände konnten gerettet werden. — Der Bankier Karl Elling aus Prenglau, der bis 1880 Makler an der Berliner Fondsbörse war, wurde am Donnerstag wegen Unterschlagung, Untreue und Depotunterschlagung vom Schwurgericht schuldig gesprochen und zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurtheilt. — Ein geheimnißvoller Vorgang versetzt die Gemüther in Kemlah bei Delitzsch in Aufregung. Im Leuthoff'schen Erbgräbnis sind 10 Särge von Leichenschändern angebrannt worden. Da Schmudsfachen bei den Leichen nicht zu vermuten waren, handelt es sich nur um einen Akt bodenloser Rohheit. Als die Schandthat entdeckt wurde, fand man noch glimmende Holzstücke in der Gruft. Eine Anzahl Leichen war halbverbrannt. — Der frühere Stadtkämmerer von Königsberg, Albricht, wurde wegen Unterschlagung von Amtsgeldern vom Gericht in Dresden zu fünf Jahren Zuchthaus verurtheilt. — In Thammehin (Sachsen) sind drei Kinder des Freiherrlichen Obergärtners Panten im Alter von 4, 5 und 6 Jahren auf dem Eise des Schloßteiches eingebrochen. Sämtliche drei Kinder sind ertrunken. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. — Der Arbeiter Brahm, der vom Landgericht I in Berlin zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt worden war, verursachte im Gerichtssaal einen Ezze. Nach Verkündigung des Urtheils sprang er dem zunächst sitzenden Zeugen an die Kehle. Der Gerichtsdienner, der die Kämpfenden trennen wollte, erhielt vom Angeklagten einen Faustschlag. Er entwickelte sich eine förmliche Schlägerei. Da die Freunde des Verurtheilten im Zuhörerzimmer für ihn Partei nahmen, hätte die Lage bedenklich werden können, wenn die Gerichtsdienner nicht entschlossen vorgegangen wären. Zwei Beamte hatten von Brahm arge Mißhandlungen erlitten. Er wurde schließlich überwältigt und von vier Mann nach der Zelle getragen. — Das Schwurgericht in Hannover verurtheilte den dortigen Großkaufmann Gustav Eigner, Inhaber einer Drogeriehandlung, wegen mehrerer Sittlichkeitsverbrechen, begangen an im seinem Geschäft angestellten jungen Mädchen, zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. — Die Polizei-Bezirksbehörde des Ruhrgebietes entwickelt, wie aus Köln gemeldet wird, eine sehr lebhafteste Thätigkeit, um den Verbrechern auf die Spur zu kommen, welche abermals einen schändlichen Anschlag auf

den Köln-Berliner Schnellzug verübt haben, indem sie einen eisernen Hemmschub auf den Schienen befestigten. Mehrere höhere Beamte sind eingetroffen, um die Untersuchung an Ort und Stelle zu leiten. — Auf dem Friedhof Lainate bei Mailand ist der Leichnam einer vierundachtzigjährigen Frau aus dem Grabe gerissen, geschändet und nackt zurückgelassen worden. Die Verbrecher sind auch in die Friedhofkapelle eingebrochen, die sie ausraubten. Dies ist der zehnte Fall von Leichenschändung auf Friedhöfen in der Umgegend Mailands. Die Thäter sind nicht entdeckt worden. — Das Odeffaer Bezirksgericht wird im April in dem Städtchen Winzka, wie dem „Wahrds“ geschrieben wird, einen seltenen Fall zu verhandeln haben. Nämlich als Angeklagte fungiren fünf Geschworene, welchen zur Last gelegt wird, daß sie in einer Klage gegen den Edelmann Adam Wischomirski, von diesem eine Bewirkung mit starken Getränken angenommen haben, wofür sie ihre Stimmen zu Gunsten des Angeklagten abgegeben haben und dieser freigesprochen wurde, während seine Komplizen und Mithetheiligten an dem Verbrechen zu längerer oder kürzerer Gefängnißhaft verurtheilt wurden.

Eine merkwürdige Geschichte. Durch die Blätter geht eine sonderbare Nachricht, die sehr der Aufklärung bedarf. Es ist kaum glaublich, daß die Sache sich so verhalten sollte, wie sie der „Altmärker“ berichtet. Nach diesem Blatte hätte der Graf von der Schulenburg-Beegendorf, einer der größten Grundbesitzer der Mark und bekanntes Mitglied des preussischen Herrenhauses, das Fideikommiß der Familie auf seinen Sohn übertragen, weil der Graf in seiner Eigenschaft als Kurator eines adligen Fräuleinstifts in Fulda sich verpflichtet hatte, für 200 000 Mark Unterschlagungen eines von ihm angestellten Rentanten aufzukommen. Als er erfuhr, um einen wie hohen Betrag es sich handelt, soll der Graf den Genuß des Majorats an seinen Erben abgetreten haben und nun, da das Majorat selbst unantastbar ist, die Einkünfte daraus aber auf den Sohn des bisherigen Besitzers übergegangen sind, außer Stande sein, für die 200 000 Mark aufzukommen. Die „Berl. Zeitung“ bemerkt zu der Nachricht: Wir sind der Meinung, daß diese Nachricht einer Berichtigung oder Ergänzung von Seiten der gräflichen Familie dringend bedarf. Rechtsgeschäfte unter Verwandten sind gegenüber anderen Anprüchen ansehnlich. Ja, wenn der Graf sich der Einkünfte des Majorats entäußert hätte, am sie einer Pfändung zu entziehen, so würde das noch in anderer Hinsicht bedauerlich sein. Die Meldung des „Altmärker“ muß also auf Irrthum beruhen und die Berichtigung wird wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Von einem prügeln den Gutsbesitzer wird dem „Halle'schen Volksblatt“ berichtet: Der Gutsbesitzer Spott zu Werben im Kreise Delitzsch war wiederholt von dem Knechte M. wegen Mißhandlung angezeigt worden. Der eine Fall führte zu einem Strafprozeß wegen Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs. Das Landgericht Halle verurtheilte den Gutsbesitzer Spott zu 50 Mark, indem es nur fahrlässige Körperverletzung annahm. Der Knecht hatte in seinen Anzeigen folgendes behauptet: Weil er, der Knecht, am Todtensonntag nicht Preßkohlen habe abladen wollen, sondern nur die Pferde gefüttert habe, hätte ihn Spott verfolgt, ihn gegen eine Pflanze gedrückt und ihn mehrmals ins Gesicht geschlagen. Ein andermal, als er mit der Ringelwalze über das Pflaster gefahren sei, habe ihn Spott vom Pferde gezogen und ihn mit Füßen getreten. Und in einem dritten Falle, der zu dem Strafverfahren führte, habe ihn Spott mit dem Gewehr über den Kopf geschlagen, als es ihm wegen Kammerfinger nicht schnell genug gelungen sei, einen Jagdhund von der Leine loszubekommen. Ein Jagdtheilnehmer bekundet als Zeuge: Er habe gesehen, wie Spott mit erhobenem Gewehr auf M. zugegangen sei und ihn auf den Kopf geschlagen habe. Nachdem der Landrath des Kreises Delitzsch von den Vorgängen Kenntnis erhalten hatte, erließ er an Spott eine Verfügung, durch die er ihm den Jagdschein entzog, und bezog sich zur Begründung auf § 8 des Jagdscheingesetzes. Der Regierungspräsident zu Werseburg und der Oberpräsident verwarfen die Beschwerden Spotts. Dieser klagte nun beim Oberverwaltungsgericht, das ihn jedoch ebenfalls abwies und ausführte, wenn Spott auch von der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung mittels des Gewehrs freigesprochen sei, so lasse doch das Urtheil des Landgerichts Halle eine recht unvorsichtige Behandlung des Gewehrs erkennen, denn das Gewehr sei doch nicht dazu da, die Druckknöpfe von Fangleinen in einer das Leben anderer äußerst gefährdenden Weise zu öffnen. Der Jagdschein sei mit Recht Herrn Spott entzogen worden.

„Rein, Freiheit will er's nennen, erst hat es die Armut heißen sollen, dazu bin ich ihm aber nicht elend genug.“  
„Lotte“ — sagt Fina darauf ganz leise, wie hast du dich denn aber so hümpeln können? Das schützt sich doch gar nicht?  
„Ach was? ist das schlimmster, als wie die feinen Damen auf die Bälle gehn? gewiß nicht! Nur nennen sie das dekollet und sie haben's nicht abhig und ihua's doch. Anferiens verdient aber kein tägliches Brod damit. Und ich weiter nichts dabei. Bloß, daß ich im Anfang nicht so hümpeln konnte. Aber das lern ich auch. Und jetzt loben sie mich immer.“  
„Sie sind also Modell?“ fragt Wagnmann.  
„Ja, es ist besser bezahlt und unterhaltamer, als wie Ladenmädchen sein. Da man lernt was, was Kunst ist, nämlich. Herr von Sill hat mich „entdeckt“ in der Farbenhandlung und sagte, so 'n Gesicht und Weizen, wie mich, könnte er grade brauchen. Es wäre gradezu neue Richtung. Da man bin ich schon in meinem ganzen Kreise gesucht.“  
„Berechnung der Wagnmann“ heißt er. Und bald nennen sie denn das, was ich sein soll: Traum oder Wahngeist, Feinheit oder Freiheit — mir is es eins. Mal hängen sie mir Lampen an und denn wieder mal Seide und mal was ich Kosablumen im Haar haben und denn mal Schiff — is mir auch egal. Ich kann mir was sparen, das is die Hauptsache.“  
„Sehn Sie mal an! — Sehn Sie mal an!“ jagte Wagnmann.  
„Ich habe doch eine künstlerische Beschäftigung. Das is doch was!“ meinte Lotte. „Und manchmal auch noch Klavier dazu! Denn was das für verrückte Kerle sind, diese Maler! Aber sie hatten was von mir, sie sagen, ich

hätte zügemäße Augen und Instinkt — na, mir kann's recht sein.“  
„Ja, so was paßt ich nicht!“ flüchert Fina und dann geht sie hinaus und Herrich folgt ihr nach ein paar Minuten. Er will ihr zureden, daß sie der Gäste wegen den Rest Wurst aus der Heimath, den sie immer noch für ihn schont, mit auf den Tisch legt.  
Lotte Beder läßt das Kind auf ihrer Knieen tanzen. Wagnmann beugt sich mit lächelnder Miene zu ihr.  
„Fräulein, es macht mir wirklich ganz außerordentliches Vergnügen, Sie kennen zu lernen. Sie haben so etwas ja, was Schicksal haben Sie! Ich mache Ihnen mein Kompliment!“  
„Gegen Sie's man dahin! ruft Lotte.  
Er nimmt eine gefällige Poje ein.  
„Wenn ich einer allmitleidenden Dame mit Rath und That, mit der sogenannten Mutterpflicht dienen kann — verzeihen Sie über mich.“  
Sie blinzelt ihn an, nach ihrer Gewohnheit, den Kopf nach links haltend.  
„Ne, leichthinnig bin ich nicht — ich habe 'ne harte Schule hinter mir. Ich habe auch was vom Leben gesehen.“  
„Fräulein Beder, keine Mißverständnisse!“ bethenert er.  
„Ne, man ja nicht!“ ruft sie und lüchert.  
„Sie sprachen von Sparen, das ist loblich und recht — wann ich Ihnen dienen kann, Ihre Reparatur angelegen, so bin ich bereit.“  
„Ach — für so grün halten Sie mich? Ne, is nicht.“  
„Aber Fräulein Beder — einem Landmann kann man doch vertrauen.“  
„So weit, wie man 'n sieht.“  
Er erhebt sich. „Das mühte mich eigentlich beleidigen. Ich bin, wie Sie mich da sehen, ein angesehender Millionär. Ich habe großartige Ideen!“

„Na, denn man zu!“  
„Sie werden sich ja eines Tages davon überzeugen, Fräulein Lotte.“  
„Mir soll's recht sein.“  
Er sieht sie mit vertraulichem Lächeln an.  
„Guten Abend und auf Wiedersehn. Ich werde hier wohl immer Ihre Adresse erfragen können, denn ich habe ein Interesse an Ihnen gewonnen.“  
Er schüttelt ihr die Hand. „Jetzt mache ich mir einen vergnügten Abend!“  
„Keine Wachsplatte?“ fragt sie.  
„Ne! man muß doch den guten Leuten etwas sagen. Sie sind anhänglich, nämlich, und ich bin ja grade nicht, was man stolz nennt. Leben und leben lassen, mein Fräulein! Kann man Ihre Bilder nicht mal sehn — erst auf der Anstellung? Da muß ich meine Geduld ja lange noch zügel.“  
„Wenn Sie's man aushalten!“ sagt das lustige Mädchen und steht auf und singt dem Kinde ein paar Töne vor.  
„Sie haben eine Art, Fräulein Beder.“  
„Na! Sie 'ne Schnauze, die könnte für 'ne echte Berliner gelten, Sie brauchen sich nicht für aus Wolfshagen anzugeben.“  
„Ihr Diener, Ihr gehorsamer Diener!“ Von der Thür her grüßt er noch einmal: „Auf Wiedersehn!“  
Dann hört ihn Lotte draußen eine Entschuldigung vorbringen, daß ihm plötzlich ein wichtiger Geschäftsgang eingekallen sei. Und während die Stimmen verklingen, läßt sie das müde gewordene Delchen wieder tanzen und singt. „Gia, popeia — der glaubt, wir sind dumm! Cia, popeia — da irrt er sich aber sehr. Was Delchen? lach mal — so, lach mal; — —“  
(Fortsetzung folgt.)